

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: A. Kettnerfeld, Magdeburg, für Inzerate: Ernst Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag: H. Pannsch & Co., Magdeburg. Fernspr. Amt Norden 2381-2385, Rufschlag. Für Entgelten der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Aufgabe keine Gewähr. Platz-Anspruch auf Erstattung, wenn sie ihre Stellung ohne Anrecht auf Versorgung verlieren und innerhalb von 3 Monaten keine neue Anstellung finden können.

Nr. 140

Donnerstag, den 19. Juni 1930

41. Jahrgang

Vor dem Abgang des Reichsfinanzministers

Scholz fordert Moldenhauers Rücktritt

Moldenhauer sieht sein Programm als gescheitert an

Berlin, 18. Juni. Wie aus zuverlässigen Kreisen verlautet, ist an dem Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer nunmehr kaum noch zu zweifeln. Zwischen 1 und 2 Uhr mittags hatte der Fraktionsvorsitzende Dr. Scholz eine neue Unterredung mit dem Finanzminister, in der er ihm jetzt auch von sich aus den Rücktritt nahelegte.

Dr. Moldenhauer hat darauf erwidert, daß er zwar nicht dem Druck einer Gruppe seiner Fraktion nachgebe, daß er

aber der Ansicht sei, daß sein Programm gescheitert ist und er seine Entscheidung danach von sich aus treffen werde.

Da heute nachmittag nur eine Ministerbesprechung stattfindet, bei der nur ein Teil der Kabinettsmitglieder anwesend sein dürfte, dürfte der Rücktritt voraussichtlich erst nach der morgigen Kabinettsitzung stattfinden. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß die Entwicklung sich schneller vollzieht.

Drei Regierungsparteien lehnen ab

Auch die Wirtschaftspartei gegen die Deckungsvorlage

Die ablehnende Haltung der Regierungsparteien zu den Deckungsvorlagen der Regierung hat sich bisher in keiner Weise geändert. Neben der Deutschen Volkspartei und den Demokraten ist jetzt auch die Wirtschaftspartei mit ihrer ablehnenden Haltung hervorgetreten.

Der Beschluß der Deutschen Volkspartei vom Montag läßt bereits erkennen, daß ihr Ziel der Abbau der Löhne, Gehälter und sozialen Leistungen ist. Das gleiche Ziel geht aus einem Brief, den die Wirtschaftspartei am Dienstag an den Reichskanzler gerichtet hat, noch deutlicher hervor. Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung werden zur Voraussetzung für die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gemacht. Steuererhöhungen sollen durch schematische Abstriche an den Gesamtausgaben des Reiches überflüssig gemacht werden.

Die größte Regierungspartei, das Zentrum, schweigt indessen immer noch. Seine Stellungnahme soll erst am Donnerstag erfolgen.

Klärung erst nächste Woche

Daß der Beschluß des Reichskabinetts, statt einer allgemeinen Heranziehung aller Leistungsfähigen nur die Festbesoldeten der öffentlichen und der privaten Wirtschaft neu zu belasten, auch im bürgerlichen Lager viel Widerstand findet, zeigen zahlreiche Äußerungen bürgerlicher Blätter. Am bemerkenswertesten scheint uns eine Äußerung der „Nürnberger Volkszeitung“ gelegentlich der Wiedergabe von Zuschriften aus dem Leserkreis. In ihr heißt es:

Zur allgemeinen ist festzustellen, daß der ursprüngliche Gedanke eines Notopfers aller Leistungsfähigen nicht nur einzelner Gruppen, und zwar unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse, trotz der wirtschaftspolitischen Erwägungen, die von der Regierung dagegen geltend gemacht werden, von fast sämtlichen Einwendern als die einzig vertretbare Gestaltung des Notopfergedankens festgehalten wird. Auch ein Industrieller empfiehlt einen allgemeinen Zuschlag auf die Einkommensteuer, wenn er ausdrücklich als einmal festgesetzt wird, und bezeichnet in der Begründung die Festsetzungen wegen der „Kapitalflucht“ als übertrieben und wirtschaftlich nicht als ganz richtig gesehen.

Das ist auch die Auffassung der Sozialdemokratie, die bereits vor Monaten einen entsprechenden Vorschlag gemacht hatte, der von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde. Die neue Entwicklung hat keine Wichtigkeit bestätigt. Die Absicht der Reichsregierung, nur die Festbesoldeten heranzuziehen, weil sie sich nicht wehren können, ist allgemein als so ungerecht empfunden worden, daß der Gedanke des allgemeinen Notopfers neue Sympathien gewonnen hat.

Damit steht allerdings der Vorschlag der preussischen Regierung teilweise im Widerspruch. Seine Absicht, die Festbesoldeten mit Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung heranzuziehen, die für die Dauer der Wirtschaftskrise gelten sollen, ist ebenfalls einseitig. Allerdings will die preussische Regierung gleichzeitig durch eine Ausgestaltung der Ledigensteuer auch aus der allgemeinen Einkommensteuer einen Teil des Zehntbetrags decken.

Solange die Absichten der preussischen Regierung nur in diesen groben Umrissen bekannt sind, wird man Zweifel daran haben müssen, ob der Gedanke steuerlicher Gerechtigkeit ausreichend durch ihn gewahrt wird. Eine Sonderbe-

lastung derjenigen Volksschichten, die sich in gesicherter Lebensstellung befinden, kann doch immer nur dann als vertretbar angesehen werden, wenn zuvor und daneben alle Leistungsfähigen ausreichend herangezogen worden sind. Ob aber, wenn dies geschieht, dann der Weg der Heranziehung der Festbesoldeten mit Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung der richtige ist, oder ob es nicht besser ist, diese Belastung als Abgabe für die Reichskasse zu erheben, ist doch außerordentlich zweifelhaft. Auf jeden Fall muß die Heranziehung aller Leistungsfähigen zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise die erste Stelle in jedem Sanierungsprogramm einnehmen.

Erst im Laufe der nächsten Woche wird eine Klärung der Lage möglich sein. Das Reichskabinetts will sich erst nach der Stellungnahme des Reichsrats, die frühestens Sonnabend zu erwarten ist, und nach dem Ausgang der Landtagswahlen in Sachsen mit den Abänderungsvorschlägen beschäftigen, die zu seinem Deckungsprogramm gemacht worden sind. Die Regierung hofft dabei immer noch auf eine Mehrheit und läßt sich bei dieser Hoffnung davor leiten, daß in allen bürgerlichen Parteien der Wunsch besteht, die bei einem Scheitern der Deckungsvorlage unvermeidbare Auflösung des Reichstags zu verhindern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sich bereits am Montag und Dienstag eingehend mit diesen Fragen beschäftigt hat, wird wahrscheinlich am Mittwoch ihre Beratungen abschließen und der Öffentlichkeit ihr Ergebnis unterbreiten.

Suche nach einem Kompromiß

Berlin, 18. Juni. Im Reichsfinanzministerium ist man — wie von unentdeckter Seite verlautet — zur Zeit dabei, die Deckungsvorläge der Regierung einer neuen Überprüfung zu unterziehen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung von sich aus dem Reichsrat bereits bestimmte Änderungen ihrer Deckungsvorläge in Vorschlag bringt. Vor allem scheint sie beabsichtigt, den Plan, der von ihr in Aussicht genommenen Reichshilfe den Vorschlägen der preussischen Regierung anzupassen.

Die Deckungsvorlage

Die Deckungsvorlagen der Reichsregierung zur Ausgleichung des Fehlbetrages von 750 Millionen sind jetzt dem Reichsrat zugegangen. Danach handelt es sich zunächst um drei Gesichtspunkte: 1. Reichshilfe der Festbesoldeten, 2. Ledigennotopfer im Rechnungsjahr 1930 und 3. Änderung des Tabaksteuergesetzes.

I. Die Reichshilfe der Festbesoldeten.

Der Reichshilfe sollen unterliegen: 1. Die Beamten und Angestellten des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände), der sonstigen öffentlichen Körperschaften, der Reichsbahn und die Soldaten. 2. Die Beamten und Angestellten der Unternehmungen, die überwiegend in öffentlicher Hand sind. 3. Die Beamten, Parteihandlungsbeamten und Empfänger von Pensionsleistungen der zu 1 und 2 bezeichneten Körperschaften. 4. Die Angestellten der Privatwirtschaft, soweit ihr Einkommen 8400 Mark jährlich übersteigt. 5. Die Aufsichtsratsmitglieder mit ihren Entlohnungen und Gratifikationen. Die Reichshilfe beträgt allgemein 4 Prozent des Einkommens. Bei den Dauerangestellten der öffentlichen Körperschaften mit Ein-

kommen unter 8400 Mark dagegen nur 2 Prozent, weil diese bereits der Arbeitslosenversicherung unterliegen. Von der Reichshilfe sind befreit alle Beamten und Angestellten, die keine Lohnsteuer zahlen. Frei ist also z. B. ein Beamter mit fünf Kindern bis zu einem Jahreseinkommen bis 3840 Mark. Dagegen werden die Freibeträge, anders als bei der Lohnsteuer, auf höhere Einkommen nicht angerechnet. Bezieht also derselbe Beamte z. B. ein Einkommen von 3850 Mark, so hat er 153 Mark jährlich zu zahlen. Angestellte werden erst steuerpflichtig, nachdem sie ein Jahr in ungekündigter Stellung gewesen sind. Alle Pflichtigen haben einen Anspruch auf Erstattung, wenn sie ihre Stellung ohne Anrecht auf Versorgung verlieren und innerhalb von 3 Monaten keine neue Anstellung finden können.

II. Das Ledigennotopfer.

Zum Ausgleich für die vermehrte Belastung, vor allem der kinderreichen Familien, durch die Erhöhung der Zölle und Verbrauchssteuern schlägt die Regierung vor, daß alle männlichen und weiblichen Personen, die nicht verheiratet sind, einen 10prozentigen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer entrichten.

Die Entrichtung der Reichshilfe und des Ledigennotopfers soll bei den Lohnsteuerpflichtigen zusammen mit dem Steuerabzug erfolgen, während die Einkommensteuerpflichtigen zwei Zahlungen, am 10. Oktober 1930 und am 10. Januar 1931, zu leisten haben. Die Erträge beider Abgaben sollen ausschließlich dem Reich zufließen. Bei der Reichshilfe soll die Regierung ermächtigt werden, die Abgabe nach dem 1. April 1931 zu mildern oder aufzuheben. Die Ledigensteuer soll mit dem 1. April 1931 außer Kraft treten.

III. Die Änderung der Tabaksteuer.

Die Regierung hält eine allgemeine Erhöhung der Tabaksteuer nicht für vertretbar, weil sonst ein Rückgang des Verbrauchs befürchtet werden müßte, der möglicherweise zu einem Rückgang der Steuereinnahmen führen könnte. Statt dessen wird eine Verkürzung der Zahlungsfristen bei der Zigarettensteuer um einen Monat vorgeschlagen. Eine Mehrbelastung des Verbrauchs soll dadurch nicht eintreten. Zum Ausgleich soll der Industrie eine Verlängerung der Kontingentierung, die am 31. März 1931 ablaufen würde, um 1 Jahr zugestanden werden.

Der Ertrag.

Der Ertrag der einzelnen Maßnahmen wird von der Regierung folgendermaßen bezeichnet:

1. Die Reichshilfe von den Beamtengehältern und Pensionen bringt	828 Mill. Mk.
2. die Reichshilfe der Dauerangestellten der öffentlichen Körperschaften bringt	24 " "
3. die Reichshilfe der höheren Angestellten in der Privatwirtschaft bringt	60 " "
4. die Reichshilfe der Aufsichtsratsmitglieder bringt	4 " "
zusammen 406 Mill. Mk.	

Da die Reichshilfe aber nur für 9 Monate erhoben werden soll, kommt für das Rechnungsjahr 1930 nur ein Ertrag von rund 300 Millionen in Betracht. Dazu kommen 40 Millionen aus dem Ledigennotopfer und 46 Millionen aus der Verkürzung der Zahlungsfristen bei der Zigarettensteuer.

Die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung wird auf 194 Millionen, die Ersparung durch Reformen in der Arbeitslosenversicherung auf 115 Millionen geschätzt.

Nur keine Angst

Berlin, 18. Juni. Ein rechts stehendes Berliner Morgenblatt gibt die Abänderungsvorschläge, die das preussische Ministerium zur Reichshilfe gemacht hat, unter der Schlagzeile wieder „Die Sozialdemokratie wittert Morgenluft“. Sie will sich auf dem Umweg über Preußen in die Reichsfinanzpolitik einschalten.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die Sozialdemokratie von den Beschlüssen der preussischen Regierung bzw. ihrer Absicht vorher ebensowenig Kenntnis hatte wie alle andern Parteien. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bisher nicht einmal Gelegenheit gehabt, sich mit den übrigen erst am Dienstag nachmittags bekannt gewordenen Vorschlägen der preussischen Regierung zu befassen.

Abgesehen davon kann keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie die Absicht hat, sich im gegenwärtigen Reichstag noch praktisch an der Regierung zu beteiligen. Sie hat jedoch als große Partei auch in der Opposition die Pflicht, sachlich mitzuarbeiten und ihrer Ansicht entsprechend für die Beseitigung des Reichsdefizits zu sorgen.

Das hat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Preißfeld, zuletzt erst wieder in seiner Godesberger Rede am vergangenen Sonntag zum Ausdruck gebracht. Er hat hinzugefügt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Öffentlichkeit entsprechende Vorschläge unterbreiten werde. Und das wird unser Wissen in diesen Tagen geschehen.

Universitäts-Bibliothek

Kleine Chronik
Grubenunglück in Oberschlesien
Drei Tote.

Berlin, 18. Juni. Auf der Graf-Franz-Kohlengrube bei Immanuelstegen, die zum Fürstlich Pleßischen Besitz gehört, brachen nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ große Wasserfluten durch und übersluteten eine Teilstrecke.

Drei Bergarbeiter, die von dem Wasserdurchbruch überrajcht wurden, konnten sich nicht mehr retten und ertranken. —

Pflegerin verbrüht eine Patientin

In der preussischen Landesirrenanstalt Leupold in der Mark ist die 19jährige Patientin Klara Wand, ein leicht geisteskrankes Mädchen, mitten in der Nacht aus ihrem Bette geholt und in die Badewanne gesteckt worden. Die Pflegerin ließ lauwarmes Wasser in die Wanne fließen, ohne sich dann weiter um die Kranke zu kümmern. Als die Pflegerin nach einiger Zeit ins Badezimmer zurückkam, war das junge Mädchen fürchterlich verbrüht und vor Schmerz fast beknüppungslos. Eine Nacht später starb Klara Wand. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Nach ergänzenden Meldungen handelte es sich um ein geistig krankes Mädchen, das sich seit dem 7. Lebensjahr in ärztlicher Pflege befand. Soweit es sich bisher feststellen ließ, hatte das Mädchen in der verhängnisvollen Nacht das Bett begehrt, was von der Pflegerin kurzerhand aus dem Bette gehoben und in die Badewanne gesteckt worden. Die Pflegerin will angenommen haben, daß das Wasser in der Wanne nachts nur lauwarm, nicht heiß sei. Das kann natürlich ihre Unachtsamkeit nicht rechtfertigen.

Entscheidung im Loeske-Streit

Zur Streit um das riesige Millionenerbe des verstorbenen Berliner Juweliers Loeske wurde am Dienstag die Klage der mütterlichen Verwandten, die bisher behauptet hatten, daß das Testament Loeskes gefälscht sei, abgewiesen.

Die Kosten fallen den Klägern zur Last. In der Begründung des Urteils heißt es, daß das Gericht aus sachlichen Gründen zur Abweisung gekommen sei. Die beklagte Partei habe beweisen können, daß Loeske am fraglichen 2. August 1929 sein Testament allein geschrieben habe. Es sei ferner der Beweis dafür erbracht worden, daß das vorliegende Testament Loeskes das echte sei.

Das Millionenvermögen des toten Juweliers fällt nunmehr seinem einzigen Mitarbeiter und seiner ehemaligen Freundin zu.

Der Wertpolizist stellt sich der Polizei

Berlin, 18. Juni. Der auf dem Kaiserwerk Kaiserstraße der Gewerkschaft Wintershall bedienstete gewerkschaftliche Wertpolizist H. Lach, der unter dem Verdacht steht, an Untererschlagungen beteiligt zu sein, und dann im Verlauf seiner Vernehmung einen Gendarmenoberwachtmann durch Revolvererschüsse getötet sowie den Werksdirektor und einen Fabrikvorsteher verletzt hatte, hat sich jetzt, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Danau meldet, der Polizei gestellt.

Als Grund der Unzufriedenheit gibt er an, die Nervenzustände zu haben. Er habe niemals etwas mit Untererschlagungen zu tun gehabt und sei durch den ungerechtfertigten Verdacht in Aufregung gebracht und zu der Tat getrieben worden. —

Mit dem Auto zu Tode geschleift

W. Norman (Oklahoma), 17. Juni. Ein Auto mit acht jungen Leuten im Alter zwischen 11 und 20 Jahren, wurde auf einem Bahnhofsübergang von einem Wozortzug erfasst und 150 Meter weit geschleift.

Von den Insassen des Autos waren fünf sofort tot, die drei übrigen wurden so schwer verletzt, daß sie bald darauf starben. —

Frau Neumann außer Verfolgung! Gemäß dem Antrage der Staatsanwaltschaft hat die Strafkammer beim Landgericht Breslau beschloffen, die Wirtschaftlerin des erwerbslosen Professor Rosen, des Bruders des früheren deutschen Außenministers, außer Verfolgung zu setzen. Der Beschluß ist darauf zurückzuführen, daß Gerichtsarzt Professor Dr. Meuter ein Gutachten abgegeben hat, demzufolge die Zurechnungsfähigkeit der Frau Neumann zur Zeit der Tat „nicht nachweisbar“ sei.

Frau Sitta

Von Ernst Jahn.

Copyright 1925 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart.

(40. Fortsetzung.)

Frau Sitta blinnte über den See hin. Sie entdeckte den Mann. Am jenseitigen See-Ende lag er am Ufer. Seine Augen ruhten. Sie sah Markus am Ufer, die Lini am andern Ende sitzen. Sie schienen vergessen zu haben, daß sie ihnen hatte folgen wollen. Aber ein Ruf durch die Stille der Nacht mußte sie leicht erreichen. Dieser Ruf drängte sich ihr jetzt auf die Lippen; aber er erstarb ihr in der Kehle. Wozu? dachte sie. Wozu die beiden hören? Wozu hindern, was doch geschehen würde, oder unterbrechen, was vielleicht schon geschehen war?

Frau Sitta schauerte zusammen. War es kalt? Sollte sie, die im harten Winter nicht froz, den Mantel mitschleppen lassen? Sie wendete sich langsam um. Gewichte hingen ihr an den Hüften. Eine Hand lag ihr im Nacken und suchte sie zu beugen. Erkenntnis drängte sich ihr auf. Sie hatte sich veranbunden, was ihr nicht zustand. Sie hatte zu viel dazugegeben, um es zu gewinnen. Nicht vom Zufall war es ihr gekehrt worden, dazu war sie zu wenig ein Kind des Glückes. Und nun erhob sich die Natur wider sie.

Was aber nun? Sollte sie weiter gehen und warten? Sollte sie die Geschehnisse in die Hand nehmen, als ob sie ein Recht hätte, um diese selbst willens das Leben anderer zu gestalten?

In ihrem Kopfe braute es. Ihr war, als müßte sie dem Fahlheit des Sees und seines Bootes entfliehen. Was dort geschah, mußte geschehen, würde geschehen, sie fühlte es. Nur es hören, es leben konnte sie nicht.

Sie riß sich zusammen. Die Fäden auseinander gepreßt, ging sie den Weg zurück, den sie gekommen war. Sie trat ins Haus und unter die Wölfe, die in der Küche-tammer beschäftigt waren. Von ihrem Oberlippe ließ sie sich eine Weile ablesen und schliefen, daß sie nicht weiter gekübelt werden. Aber etwas in ihr lauerte unabläßig in die Nacht hinaus. —

„Mein Gott, wie das schön ist!“ sagte die Lini im Raufen zu Markus und sah die Sterne am Himmel und den Mond und fühlte das atembeste Schreien. Es war ihr, als hören die schweren Felle ihre Mägen und remmen sie mit langjamme Laut höher gegen den Himmel. Jenseits ging es wie Schluchzen am See. Vielleicht schmeckte irgendwo im Dunkel ein Fisch. Jenseits lag ein Schwarm durch die mondendunke Nacht. Vielleicht eine Raub nur, vielleicht ein hüpfendes Turmmeier. Sie

Zahnarzt Guttmann vor Gericht

Angellagt wegen Versicherungsbetruges und Gattenmordes

Vor dem Landgericht Breslau beginnt am Donnerstag der Prozeß gegen den Schwedter Zahnarzt Guttmann. Die besonderen Umstände seiner Tat, die mutmaßlichen Motive des Verbrechens, der auf dem Angeklagten lastende Verdacht, auch seine erste Frau umgebracht zu haben, drücken der Verhandlung den Stempel der Sensation auf.

Die Anklage lautet auf Mord. Guttmann will jedoch seine Frau aus Anlaß eines Streites getötet haben. Dies ist auch die Verteidigungslinie des vom Krank-Prozeß her bekannten Rechtsanwalts Dr. Freh. Es sind 40 Zeugen und 17 Sachverständige geladen.

Am Dienstag, dem 26. November v. J., gegen 11 Uhr mittags wurden die Schwedter Ärzte Dr. Kopp und Dr. Weinhardt zum Zahnarzt Dr. Guttmann gerufen. Im Badezimmer fanden sie Frau Guttmann tot auf dem Rücken liegen; neben ihrem linken Hüftgelenk ein Zehnspinnmilch. Guttmann erzählte, seine Frau habe in den Autosalen über der Lini ein Zehnspinnmilch werfen wollen, sei dabei mit der Leiter umgefallen und mit dem Hinterkopf auf den Boden aufgeschlagen. Er fügte mit der Bitte um Verschwiegenheit hinzu, daß er

seine Frau erst ganz kürzlich gegen Unfall versichert und die erste Prämie erst am Sonntagabend bezahlt hätte. Die Ärzte weigerten sich, unter diesen Umständen einen Totenschein auszustellen.

Guttmann hatte tatsächlich etwa 8 oder 10 Wochen vor dem Ereignis sich sowie seine Frau für den Todes- und Invaliditätsfall bei zwei Versicherungsgesellschaften auf je 30.000 Mark versichert. Die Prämie war von ihm jedoch nur für seine Frau eingezahlt worden. Mit der Anstellung der Witwe hatte er es je her eilig. Guttmann befand sich zu jener Zeit in äußerst drückenden materiellen Verhältnissen. Seit Januar 1929 hatte er überhaupt keine Miete bezahlt. Auf den 30. November war Räumungstermin anberaumt worden. Am selben Tage sollte auch seine Wohnungseinstellung zur Versteigerung gelangen. Verdächtig schien sein Verhalten am Todestag seiner Frau. Entgegen seiner Gewohnheit schickte er das Mädchen mit den Kindern fort, holte selbst die Milch vom Milchwagen und bewachte einen Patienten einlag. Nicht weniger eigentümlich sein Benehmen nach dem Tode der Frau.

Die Schilderung über den Unglücksfall konnte er nicht aufrechterhalten.

Er änderte mehrmals seine Aussage

und erklärte schließlich, seine Frau in sinnloser Wut mit einem Handtuch erwürgt zu haben. Sie habe ihm vorgeworfen, daß er für seine Geliebte Geld habe, während für sie nie Geld da sei. Diese Geliebte, Frau Lenz, die auch vor Gericht als Zeugin erscheinen wird, hatte im Leben des Zahnarztes Guttmann bereits

einmal eine verhängnisvolle Rolle gespielt — das behauptet wenigstens die Anklage. Die Untersuchungsbehörde glaubte nämlich seiner Darstellung. Sie vermutete Versicherungsbetrug. Und sah sich darin durch

die außergewöhnlichen Umstände des Todes der ersten Frau bestätigt. Schon die ersten Nachforschungen ließen den Verdacht entstehen, daß auch sie von ihm umgebracht worden sei. Sie war am 22. Dezember 1929 ganz plötzlich verstorben. Die Ärzte stellten Herzschlag fest.

Die Ehe mit der ersten Frau, die Guttmann im Jahre 1915 geschlossen hatte, war anfangs glücklich verlaufen. Sie hatte sich aber jodann verheiratet. Die Ehefrau war Morphiummüßig geworden. Guttmann suchte Trost bei Frau Lenz. Eine Morphiumentziehungskur blieb bei seiner unglücklichen Frau ohne Erfolg. Ihr Hausarzt versorgte sie ohne Wissen des Mannes nach wie vor mit Morphium unter Zusatz von Skopolamin. Mehrere Monate vor dem Tode seiner Frau erkundigte sich Guttmann bei dem Apotheker Taggeselle,

welche Gifte am schnellsten wirken.

Am Tage vor ihrem Tode bestellte er beim selben Apotheker ein Morphiumrezept mit Skopolamin und holte das Gift selbst ab. Um 12 Uhr nachts war seine Frau tot. Dem herbeigerufenen Arzt Dr. Bruchhalla erzählte Guttmann, er habe seine Frau ohne Lebenszeichen im Badezimmer gefunden, neben ihr die Morphiumrezeptur. Der Apotheker Taggeselle erzählte am nächsten Tage Dr. Löwenthal von der Giftbestellung. Dieser rief ihn, die Hände davon wegzulassen. Guttmann bestritt aber, je Morphium für seine Frau besorgt zu haben. Er gab zu, im Besitz von Zehnspinnmilch gewesen zu sein und wollte das Mädchen nach dem Tode seiner Frau in die Ober geworfen haben. Ein halbes Jahr später heiratete er seine zweite Frau. Auch diese Ehe gestaltete sich unglücklich.

Die Leiche der ersten Frau wurde exhumiert, Reste von Giften waren aber nach so langer Zeit nicht mehr festzustellen. Anklage konnte nicht erhoben werden. Die Umstände dieses Todes werden aber Gegenstand ausführlicher Erörterung in der Verhandlung wegen Ermordung der zweiten Frau sein — als Indiz für die Tat. Als Indiz gegen den Angeklagten soll auch seine Persönlichkeit und sein Vorleben

gemeldet werden. Unredlichkeit, die er beim Vater begangen hatte, veranlaßten ihn seinerzeit nach Amerika auszuwandern. Seine Verschwendungssucht soll in Schwedtz sprichwörtlich sein. sein Vermögen ein denkbar schlechter. Ob der Verdacht, seine erste Frau vergiftet zu haben, ob der seltliche Vermögen und schließlich die Indizien in bezug auf den Tod der zweiten Frau zu einer Verurteilung wegen Mordes ausreichen, ist abzuwarten.

Wir werden über die Verhandlung berichten. —

in Lodz, dem der grausige Fund mittlerweile zu genauerer Untersuchung zugestellt worden war, stellte fest, daß die Ohren, die das ganze Land in Angst und Schrecken versetzt hatten — in nicht die Ohren aus Gummi waren, die eine deutsche Firma für Kriegs- und Arbeitsinvaliden als Ohrschützer geliefert hatte. Die vermeintlichen Missetäter erwiesen sich im chemischen Laboratorium als „Narkledse“. Zurzeit ist die Polizei dabei, den gewissenlosen Urheber dieses übeln Scherzes ausfindig zu machen. —

Es ist demnach nicht mehr anzunehmen, daß die Mordtat an Professor Rosen jemals noch wird aufgeföhrt werden. —

Von einem Auto geköpft

Einen furchtbaren Tod fand am Dienstag ein Motorradfahrer, der auf der Straße von Wollin in ein höheres Geschwindigkeit in ein Auto hineinfuhr. Sein Kopf wurde ihm durch die Schlitze der Windschutzscheibe des Autos vom Rumpfe getrennt. Er fiel der Gattin des Automobilfahrers in den Schoß, die infolge des grausigen Anblicks einen Nervenschock bekam. —

Das Geheimnis der „abgeschnittenen Ohren“

Kürzlich bemerkte ein Weichensteller an der Strecke Lodz — Kraslau, in der Nähe der Station Ujazd, wie aus einem fahrenden Zug ein in Zeitungspapier eingewickeltes Paket aus dem Fenster geworfen wurde. Als er nachah, fand er 26 blutbesetzte menschliche Ohren. Der Schreck des Mannes war so gewaltig, daß er die Polizei alarmierte. Bald erschienen die Norddeutschen an Ort und Stelle. Als Sachverständiger wurde ein Schlichter aus Ujazd herbeigeholt, der erklärte, die Ohren stammten von lebenden oder kurz vorher verstorbenen Menschen. In wenigen Stunden war die Sensation der kleinen Station Tagesgespräch in ganz Polen. Telefon und Telegramm kamen nicht mehr zur Ruhe, das ganze Land erörterte die Frage, wer wohl dieses schreckliche Verbrechen begangen haben mochte. Der Untersuchungsrichter, der zuerst an einen Mannmörder dachte, ließ eine andre Spur verfolgen und bei den anatomischen Instituten der Universitäten anfragen, ob dort nicht medizinische Präparate verworfen seien. Aber die Antworten lauteten negativ. Wieder befiel sich die Polizei auf die Spuren des Massenmörders. Aber schon nach 2 Tagen löste sich das Rätsel auf eine unerwartete Art. Ein Arzt

Die Stille dauerte und gewann Bedeutung. Ihre Herzen klopfen.

Blödelich küßte er sie. Er wußte nicht, warum er das auf einmal tat. Der Augenblick gab es ihm unwillkürlich ein.

Sie hor ihm willig ihre Lippen. Aber gleich darauf fuhr sie verwirrt auf und griff nach dem Mader, als dem ersten, was ihr zur Hand kam. Sie wußte kaum, was geschehen war. Wühlend nach sie der Gedanke, daß der Morder ein Morder gekehren sei. Aber sie war nicht unglücklich. Sie war nicht geföhrt, sich zu wehren, wenn —

Markus legte die Hände weichen. Er war einen Augenblick beinahe ruhig. Hatte das nicht kommen müssen? Dann sagte er: „Jetzt rudern wir noch rings um den See.“ Und er tauchte die Riemen ins Wasser.

Sie waren jetzt wieder auseinander geröhrt. Aber das Blut des Markus drängte ihn, die Rieme accuratis nach der Lini auszuwerfen. Und er lag sich noch vor, daß das nichts daran sei, wenn er Frau Sitta's Dachtur löste.

Sie ruderten schweigend die lange Seite des Sees hinab und jenseits hinauf, dem Hause wieder zu. Je näher sie kamen, desto röhler wurden ihre Schläge, als hätten sie auf einmal eine Heimzukunft.

Am der Stelle, wo sie den Rauen festhalten mußten, lag Eckstein. Sie haben es von weitem und wußten, daß dort wieder niemand sie beobachten konnte. Sie tauchten in das Dunkel und ihre Hände griffen einander entgegen. Eins küßte es vom andern. Sie sprachen nicht. Und sie schämten sich voreinander.

Erst als der Rauen in den Schlamm des Meeres stöh, sagte Markus mit gerehelter Stimme: „Da sind wir.“

Er hiez aus und befestigte den Bootesrand. Die Lini legte die Rieme in den Rauen. Als sie ausstehen wollte, rief sie auf des Markus ausgestreckte Hand. Sie ergriff sie. Sie küßte sich auf dem Boote geboben. Und er hielt sie noch. Sie schreute, daß sein Willk den ihren huchte. Da küßte sie ihn zum zweitenmal halb willig, halb mit Angst.

Dann machte sie sich auf den Weg. Markus hielt Sittens Hand noch immer. Er drückte im Dunkel und er he saßen. Der Lini zitterten die Lippen. Wenn Gott, was war aus geschehen? Und was mußte die Mutter denken? Die Rieme wandten sie, wenn sie daran dachte, daß sie ihr gleich begehen werde.

Markus glöhre, als ob er schweren Wein getrunken hätte. Wie vorher war ihm je zumute geworden. Und er wußte, daß er Frau Sitta unter die Augen treten mußte, aber etwas wie Frosz sprach ihn an. Feindschaftige sein ihm wissen und lösthe Bedenken aus, die er bisher begehrt. Er huchte noch mehr nach Sittens Hand. Es war ihm, als nehme er sich Macht, die ihm zustanden. Und er küßte sie, auf sie zu stehen.

(Fortsetzung folgt.)

Advertisement for 'Holländerin' Buttermilk Soap. Text: 'Für Gesicht und Hände das Beste nur verwenden. Holländerin Buttermilk-Soife. Eine Wohltat für Haut u. Gesundheit. Besonders zur Kinderpflege geeignet. Günther & Haussner AG., Chemnitz. Generalvertreter und Fabriklager: Walter Deparade, Magdeburg, Otto-von-Guericke-Straße 35 (Eingang Anhaltstraße) Telefon Stephan 42797.'

Der Wolkenkratzer der Museen

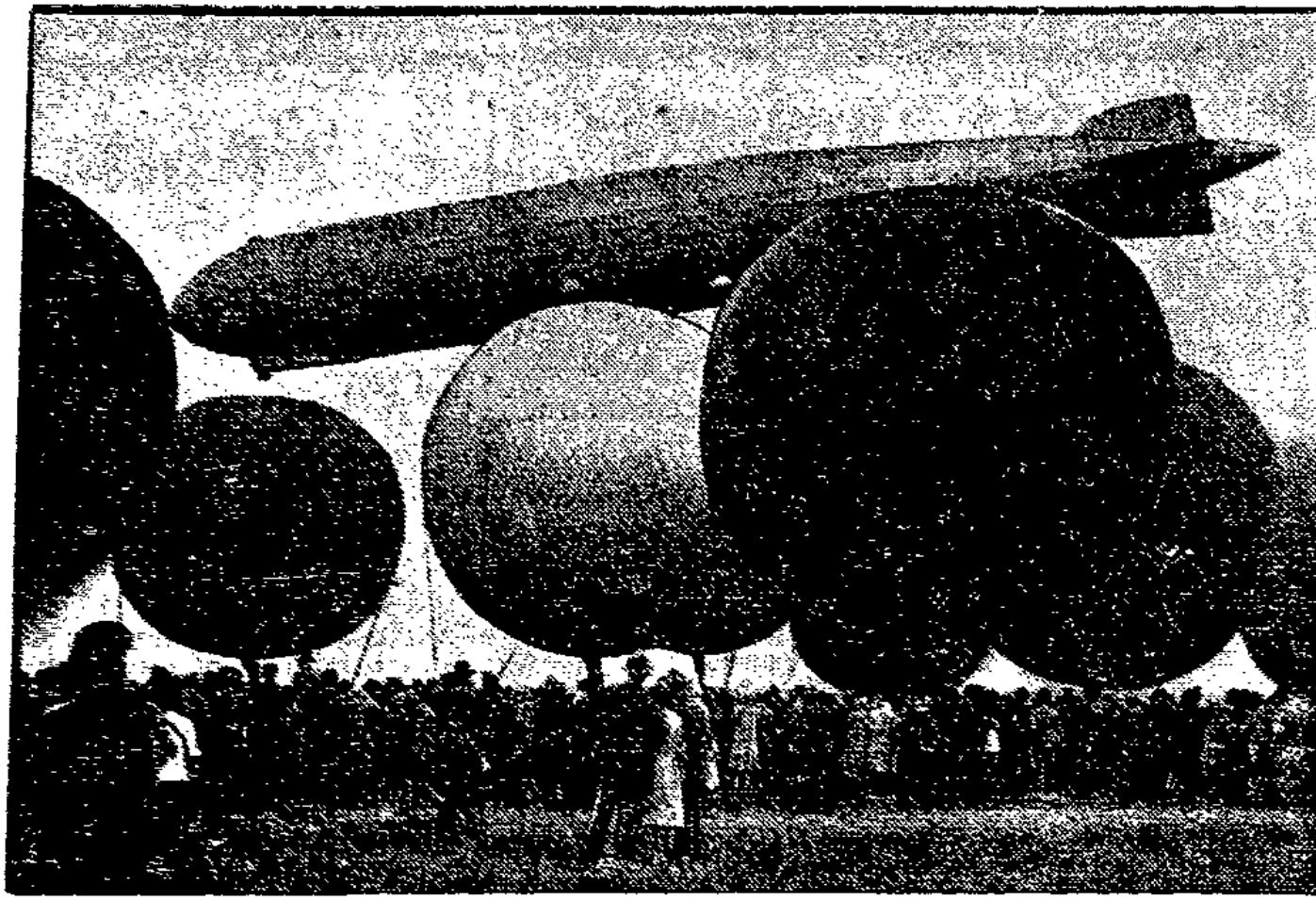
Ein Opernhaus, dem selbst Ben Aliba den Reiz der Neuheit nicht abstreiten könnte, ist in Chicago mit einer Ausführung der „Aida“ eröffnet worden. Das Haus, das den neuen Kunsttempel einschließt, ist 170 Meter hoch und besteht aus einem Mittelteil mit 45 Stockwerken und zwei Flügeln mit je 23 Stockwerken. Eingigartig erscheint das neue Hoch- und Tiefhaus auch noch insofern, als es eine besondere Kombination von Kunst und Geschäft darstellt. Außer der Oper mit Raum für 3517 Personen enthält es noch das Stadttheater für 578 Zuschauer und im übrigen — zahlreiche private Büro- und Geschäftsräume, die durch ihren Mietvertrag das auch amerikanischen Bühnen nicht fremde Defizitgeschäft verdrängen helfen sollen.

Selbstverständlich bedient sich die neue Oper — beiläufig ein 20-Millionen-Dollar-Bau — der modernsten Errungenschaften der Theater- und Bühnentechnik. Die Parkettfläche beispielsweise ist so konstruiert und durch Gänge aufgeteilt, daß kein Zuschauerkommande sich an mehr als vier künstlichen Besuchern vorbeischieben braucht, um seinen Platz zu erreichen. Balken und Stänge sind über das Parkett vorgezogen, so daß die Böden der Bühne nicht gebraucht werden als bisher üblich. Im ganzen Hause gibt es keinen Nagel, von dem aus nicht die ganze Bühne übersehen werden kann. Der letzte Sitz auf dem vierten Rang ist nur von den großen Abmessungen des Hauses nur 55 Meter von der Bühne entfernt.

Diese selbst, die an Ausdehnung vielleicht nur in zwei oder drei Theatern Europas übertraffen wird, ist in den Vereinigten Staaten die größte; sie ist 22 Meter tief und 36 Meter breit und steigt bis zum Schlußboden hinauf 44 Meter. In den eigentlichen technischen Einrichtungen gebieten mancherlei bisher nicht angewandte Neuerungen. Am interessantesten ist vielleicht die Bühnengebäude des Beleuchtungsdirektors, die angedeutet der Bühne — alle gelübten Drehbühnen und Klänge — eingebaut ist und so dem „Schiedsrichter“, umgeben von seinen Schlichtern, die Möglichkeit bietet, alle Vorgänge auf der Bühne zu verfolgen und ins volle Licht zu setzen, ganz ähnlich wie hinter ihm der Beobachter in seinem Kasten. Der Schlußboden ist darauf gerichtet, daß die Rücklage und Hintergründe für 55 zu zehn Metern

„Graf Zeppelin“ als Gast bei der Freiballon-Wettfahrt in Münster

Am 15. Juni fand auf dem Flugplatz Laddenheide in Münster in Westfalen eine internationale Freiballon-Wettfahrt statt, zu der 30 Freiballone aus allen Ländern starteten. Zu gleicher Zeit traf „Graf Zeppelin“ unter Führung von Kapitän Lehmann in Münster ein.



gleichzeitig aufgefangen werden können. Daß in allen Fragen der Bewegung und Beleuchtung die Elektrotechnik das letzte Wort spricht — das Haus verfügt über eine Gesamtenergie von rund 1700 PS — versteht sich von selbst.

Im Nordflügel des neuen Museen-Wolkenkratzers ist das ehemalige kleinere Stadttheater untergebracht, dessen Bühne 21 und

10 Meter mißt und 22 Meter hoch ist. Auch hier kommen die jüngsten Fortschritte der Technik zur Geltung. Der Feuerlöscher dient unter anderem insbesondere große automatische Feuerlöscher im Dach über den Bühnen; sie öffnen sich bei Bränden selbstständig und verhindern, daß sich Flammen, Rauch und Gase in den Zuschauerräumen verbreiten. Etwa 8 Meter unter dem Spiegel des dicht vorbeiführenden Chicago-Flusses sind Zugänge zum Kesselraum hergestellt, durch die die Kohle geliefert und die Asche entfernt wird. Das Gesamtgewicht des Neuenhauses einschließlich der „lebenden Last“ wird von seinen Erbauern, unter denen sich der deutsch-amerikanische Architekt Probst befindet, auf rund 200 000 Tonnen geschätzt. Trotzdem wird darin vermutlich nicht nur — schwere Musik ertönen.

Die Gartenbauschule im Keller

In London gibt es einen „Untergrundgarten“, den der Viscount Fitzalan als Versuchsschule angelegt hat, um Blumen und Pflanzen bei künstlichem Licht zu züchten. Wie der Obergärtner mitteilte, ist es ihm gelungen, Karzissen in der zweiten Januarwoche zum Blühen und Erdbeeren im März zur Reife zu bringen. Der Keller ist mit zwei starken Lampen für ultraviolette Strahlen ausgestattet, die von der Decke herabhängen und in jeder gewünschten Höhe gebracht werden können. Die Temperatur wird im Keller auf mäßigem Stand gehalten und den Blumen selten mehr als 8 Stunden „Sonne“ gegeben. Daneben ist auch dem Tageslicht der Eintritt in den Keller gestattet, so daß dort während der Stunden, in denen die Lampen nicht brennen, ein Dämmerlicht herrscht.

Die Wirkung der Bestrahlung ist unter bestimmten Umständen außerordentlich. So wurde Gemüsesamen innerhalb von 36 Stunden zum Sprießen gebracht und in dieser Zeit Sprößlinge erzielt, die kräftig genug waren, um ausgepflanzt zu werden.



Der Bildfunkverkehr Buenos Aires-Berlin eröffnet

Das erste Funkbild aus Argentinien: Landchaft mit Früchte, das in Buenos Aires am Nachmittag des 16. Juni angesetzt und wenige Minuten später in Berlin klar empfangen wurde. Damit ist der Bildfunkverkehr über eine Strecke von 12 000 Kilometer eröffnet worden.

DER BAUMARKT IN MAGDEBURG U. UMG.

Gustav Stieger
Bauausführungen
Siedlungs- u. Industriebauten

Magdeburg
Münchenhofstraße
Fernsprech-Anschluß 20063/64

Walter Schondorff
Schönebecker Straße 106
Fernsprecher: 42641 Sammelnummer

- | | | |
|---------------|---------------|-----------------------|
| Drahtgeflecht | Stabeisen | Schrauben und Muttern |
| Stacheldraht | I- u. U-Eisen | Nieten aller Art |
| Drahtstifte | Eisenbleche | Feldbahnmateriale |
| Eisendrähte | Bandeisen | Spaten, Schaufeln |
| Drahtseile | Ketten | Hacken |

Oefen, Herde
Reparaturen
Max Schröder
Klempnermeister
Gr. Driesdorfer
Straße 235
Telephon Nr. 4284 36284

Willy Herfeld
Magdeburg-S.
Telephon 40637
Ausführung
sämtlicher Dacharbeiten
Spezial-Geschäft
für Isolierungen

C. A. Schmidt
Magdeburg-Buckau, Schönebecker Str. 54
Fernsprecher 40435 Gegründet 1846
**Baugeschäft und
Dampfziegelei**
Hoch- und Tiefbau
Reparaturarbeiten aller Art
Schwammabeseitigung

Gebr. Deumeland
Große Marktstraße Nr. 8
Fernsprecher: Norden 21271 u. 21274
Baugeschäft
Magdeburg
Gegründet 1885
Ausführung von Neu- und Umbauten jeden Umfanges
Hoch-, Tief- und Eisenbetonarbeiten

Kleinf. Blöcke
Bauhölzer
aller Art
Kanholz
nach Lise
Tischler-
Material
Sporkenbach & Co.
Telephon 2576 2538
Magdeburg-III
Telephon 2576 2538

PAUL GORGASS
FERNSPRECHER
571 UMBO 657
MAGDEBURG
OTTO-VON-GUERCKE-STRASSE 25
BAUGESCHÄFT
MAUEREI
ZIMMEREI
TISCHLEREI
EISENBETON
BETONARBEITEN
AUSFÜHRUNG VON
SIEDLUNGSBAUTEN

Fried. Wilke Nachf.
Inhaber: Apeit & Ritter
Bautischlerei
Magdeburg-Cracau
Potsdamer Straße 7a / Fernruf Nr. 30238

Fugenlose „Lignolith“
Kunstbohrer-Füllstoffe
Werkstoff für alle Arten Plattenbau
Kunstholz- und Korkstoffe
sowie Holzwaren, künstlichen Unterböden
für Linoleum, Parkett u. Teppiche, geeignet
DR. RINCKE & SIMON
Kunststoffwerke
Magdeburg, Marktstraße 28
Telephon 4226

Kachelöfen
eiserne Gefen
Kochherde
in jeder Ausführung
Wilh. Carl Müller
Magdeburg, Otto-von-Guercke-Str. 63
Fernsprecher 2222

Dachdeckungs-Geschäft
Otto Hegebarth
Ausführung sämtlicher
Dacharbeiten, Neu-
bauten, Umdeckungen
und Reparaturen
äußerst preiswert und gut!
Magdeburg-Neustadt
Königsplatz 21. Fernruf Amt Nord 22885

Paul Brigrinsky & Sohn
Dachdeckungsmeister
Magdeburg
Gustav-Adolf-Str. 33
Fernruf 21531
Ausführung sämtlicher
Dach- u. Isolierungsarbeiten

Drahtgeflechte
komplette Einrichtungen
für Sportplätze u. Kleingärten
Drahtwarenfabrik
Ernst Stechhan
Magdeburg-Sudenburg
Buckauer Straße 17. — Tel. 41832

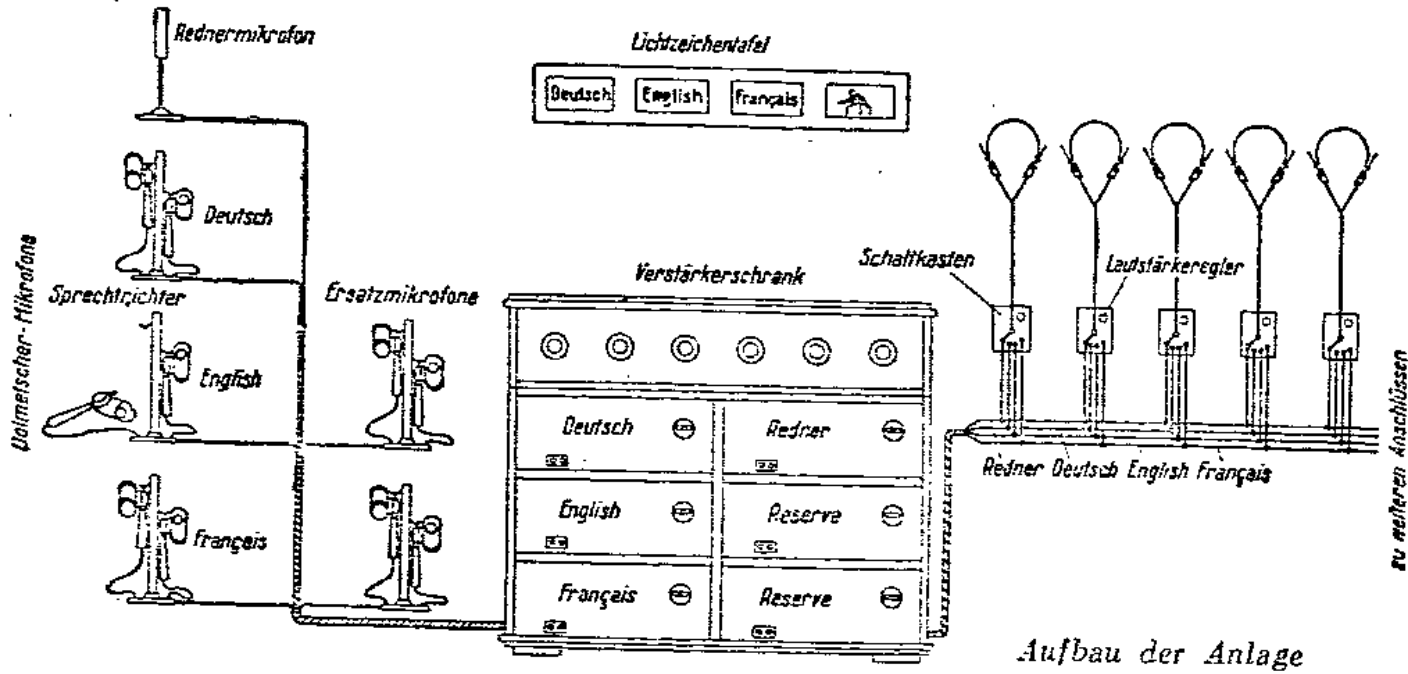
Aus dem Reich der Technik

Der Mehrsprachen-Apparat der Berliner Weltkraftkonferenz

Die große internationale Weltkraftkonferenz wird bei ihrer nächsten Volltagung, die vom 16. bis 25. Juni in Berlin stattfindet, eine technische Neuerung in ihren Dienst stellen, die geeignet ist, bei allen Verhandlungen, deren Teilnehmer verschiedene Sprachen sprechen, wesentlich zur Erleichterung der Verhandlungen beizutragen; der Mehrsprachen-Apparat. Diese in den Sitzungssälen der Konferenz aufgebaute Uebersetzungsanlage ermöglicht die Rede des jeweiligen Vortragenden jedem Zuhörer unmittelbar in die von ihm verstandene Kongresssprache, Deutsch, Englisch oder Französisch, bereits überföhrt zu werden. Vor dem Redner nehmen so viele Dolmetscher Platz, wie Uebersetzungen benötigt werden, und zwar vermag die für die Berliner Weltkraftkonferenz geschaffene Anlage sogar bis zu fünf Uebersetzungen gleichzeitig zu verbreiten. Außer den drei genannten Sprachen könnten also noch zwei weitere übertragen werden. Die Dolmetscher, die selbstverständlich außerordentlich gewandt sein müssen, überlegen sofort die Worte des Redners und sprechen die Uebersetzung in ein Mikrophon besonderer Konstruktion. Es ist mit einem schalldichten Erichter versehen, damit die Dolmetscher weder einander noch die Versammlung stören.

Um ein pausenloses Ablösen zweier Dolmetscher zu ermöglichen, sind jeweils zwei Mikrophone parallel geschaltet. Die von den Mikrophonen ausgehenden Sprechströme gelangen in je einen Verstärker und von hier zu Schaltkästen, an welche die Zuhörer ihre Kopfhörer anschließen. Der vor jedem Teilnehmer stehende Schaltkasten weist außerdem noch einen Druckknopf auf, mit dem die Lautstärke zu regulieren ist. Da der Redner selbst gleichfalls in ein Mikrophon spricht, damit seine Ansprache auch mit Kopfhörern aufgenommen werden kann, hat jeder Zuhörer — vorausgesetzt, daß sämtliche Dolmetscherplätze besetzt sind — die Auswahl unter sechs Sprachen. Um allgemein erkennbar zu machen, welche Sprachen im jeweiligen Augenblick abgehört werden können, wird hinter dem Vortragspult eine Tafel mit sechs Signallampen angebracht, von denen so viele aufleuchten, wie Sprecher tätig sind. Die gleiche Signaltafel befindet sich

Wohl selten ist eine internationale Tagung mit solcher Sorgfalt vorbereitet worden, wie die im Juni nach Berlin einberufene Volltagung der Weltkraftkonferenz, zu der sich bereits jetzt die Vertreter von 36 Staaten angemeldet haben. Fast alle von diesen Staaten steuern wertvolle wissenschaftliche Beiträge zu den Fachverhandlungen bei, die sich



über 10 Tage erstrecken werden; nicht weniger als 400 Berichte liegen der im Berliner Ingenieurhaus befindlichen Geschäftsstelle vor.

Die 400 Berichte kommen jedoch nicht einzeln zum Vortrag, sondern werden zu insgesamt 34 Generalbe-



Hörergruppe

richten zusammengefaßt, die von deutschen Referenten — selbstverständlich hervorragenden Vertretern ihres Faches — in deutscher Sprache erstattet werden.

Ausziehbare Laderampen

Für die Behandlung der Leitzüge ist im Bezirk der Reichsbahndirektion Odenburg eine ausziehbare Laderampe eingeführt worden, die die Abfertigung des Zuges im Hauptgleis und die Verwendung von Hubwagen und Ladegestellen oder fahrbaren Schaltern ermöglicht. Mit der ausziehbaren Laderampe kann der Ueberladeweg vom Schuppen zum Zuge durch einen Bedienten in kürzester Zeit mühelos hergestellt werden. Die Laderampe und die beweglichen Teile haben eine Tragkraft von 3000 Kilogramm und eine durchschnittliche Breite von 1,50 Meter.

In ihrer einfachsten Form besteht die Laderampe aus dem beweglichen Oberteil und dem feststehenden Gestell. Der Oberteil ist mit vier Laufrollen versehen, die hinteren Laufrollen durch Winkelrollen zu beiden Seiten außen am Gestell geführt werden, bewegen sich die vorderen Laufrollen frei über dem Boden. In der Ruhestellung (Bild 1) befindet sich der Oberteil auf dem Gestell,

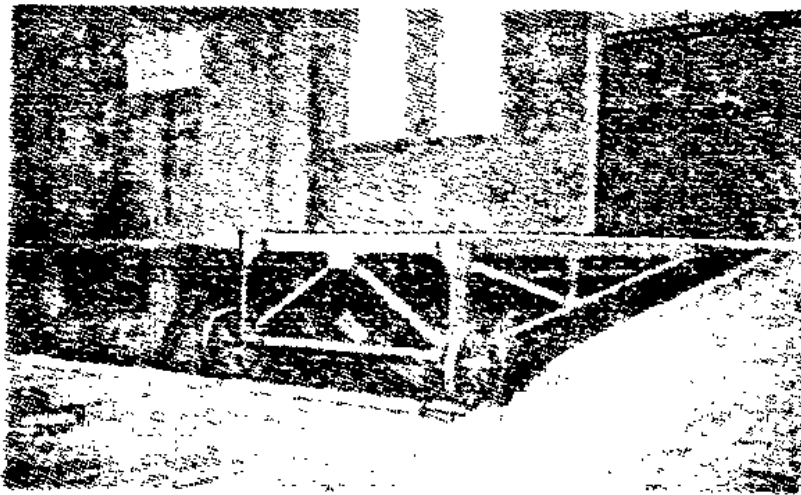


Bild 1. Ausziehbare Laderampe für Leitzüge in Ruhestellung

so daß jener Teil zur Herstellung des Ueberladeweges vorgezogen werden muß. Dabei legt sich der Oberteil auf das Gestell auf, weil die Winkelrollenführung am Ende etwas herabgehoben ist (Bild 2).

Diese ausziehbare Laderampe kann durch weitere bewegliche Teile erweitert werden, und zwar: 1. durch den Unterteil oder die Ladebrücke und 2. durch den Unterteil mit der Ladebrücke.

Am Unterteil sind ebenfalls vier Laufrollen angedacht, die sich in derselben Weise wie die des Oberteils bewegen nur daß die Führung für die hinteren Laufrollen innen am Gestell besteht ist. Der Unterteil befindet sich in der Ruhestellung unter dem Gestell und wird zum Gebrauch ebenfalls vorgezogen. Bei der Verwendung des Unterteils wird die Laderampe nach der einen Seite durch den Ober-

teil und nach der anderen Seite durch den Unterteil verlängert. Statt des Unterteils kann zur Verlängerung nach dieser Seite auch die Ladebrücke verwendet werden, und zwar dann, wenn die Länge nicht allzu groß ist, weil die Ladebrücke sonst sehr stark konstruiert werden müßte. Die Ladebrücke läuft auf Rollen und befindet sich in der

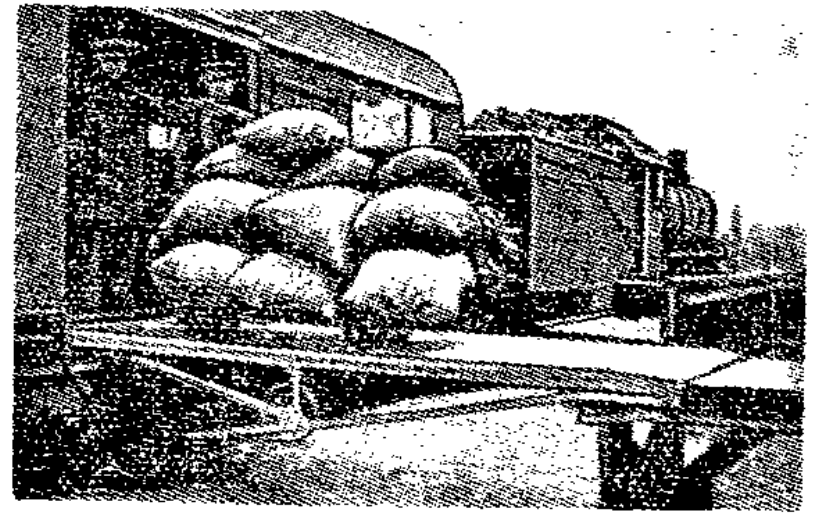


Bild 2. Ausziehbare Laderampe für Leitzüge als Verladerampe vorgezogen

Ruhestellung unter dem Gestell. Falls die Länge der Ladebrücke oder die des Unterteils nicht ausreicht, können diese beiden Teile auch zusammen verwendet werden, so daß die Rampe nach der einen Seite durch den Oberteil und nach der anderen Seite zunächst durch den Unterteil und dann durch die Ladebrücke verlängert wird. In diesem Falle befindet sich die Ladebrücke in der Ruhestellung unter dem Unterteil. Die ausziehbare Laderampe kann natürlich auch nur aus Gestell, Unterteil und Ladebrücke bestehen. Diese Form kommt in Betracht, wenn die Rampe nur nach einer Seite verlängert zu werden braucht und dafür die Länge des Oberteils nicht ausreicht.

Die einzelnen Längen der beweglichen Teile können nicht größer als die Länge des feststehenden Gestells sein. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß vom Oberteil 50 Zentimeter, vom Unterteil 20 Zentimeter und von der Ladebrücke 50 Zentimeter verlorengehen, weil die einzelnen Teile übereinander fallen. Die Länge des feststehenden Gestells muß nach den örtlichen Verhältnissen und nach der Größe des Ueberladeweges ermittelt werden. Mit einem Gestell von 3,20 Meter Länge kann zum Beispiel ein Ueberladeweg von 11,60 Meter Länge geschaffen werden (Gestell 3,20 Meter, Oberteil 2,70 Meter, Unterteil 3 Meter und Ladebrücke 2,70 Meter).

Nikotin, ein gefährliches Rauschgift

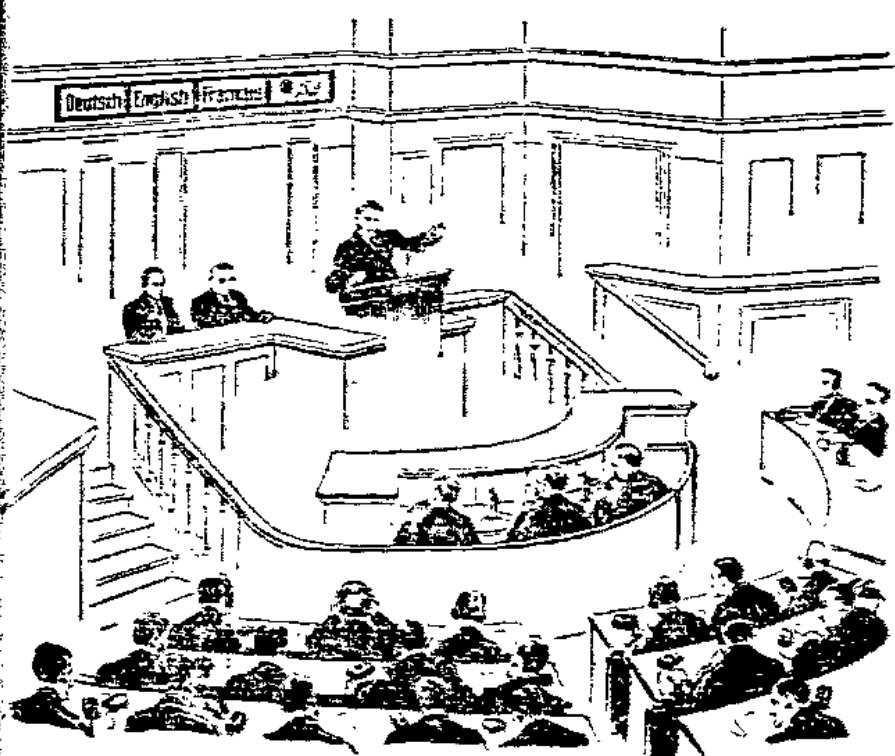
Giftiger als Blausäure und gelber Phosphor

Der Tabakrauch enthält ein ganzes Register chemischer Stoffe: Pyridinbasen (das stinkende Denaturierungsmittel im Brennspiritus), Ammoniak, Blausäure, Kohlenoxyd, Kohlenwasserstoffe, Methylnikotin, Brenzöl, ferner teerige und harzartige Produkte, alles Stoffe, die sich zusammen mit Wasser in dem Abgüßstück der früher so beliebten langen Pfeife als „Pfeisenjaß“ ansammeln. Beim Zigarren- und Zigarettenrauchen gelangen diese Stoffe mit dem Rauch in die Schleimhäute von Mund, Nase und Lunge und werden von ihnen teilweise reich absorbiert (aufgesaugt).

Nikotin ist bis zu 5 Proz. in Tabaken enthalten. Das reine Nikotin ist eine farblose Flüssigkeit, die erst bei 245 Grad kocht. Es löst sich leicht in Wasser und Alkohol, besitzt einen betäubenden Geruch und einen brennenden Geschmack. Das reine Nikotin ist eines unserer allerheftigsten Gifte. Es ist giftiger als die Blausäure und mindestens ebenso giftig wie der gelbe Phosphor. Bereits sein Geruch ist tödbringend; kleine Biegel sterben augenblicklich, wenn man ihnen einen mit Nikotin befeuchteten Glasstab vor den Schnabel hält. Drei Tropfen Nikotin töten Hunde und Katzen in wenigen Minuten. Drei Gramm Schnupftabak oder 30 Gramm gerösteter Tabak innerlich genommen, sowie ein Klüftler vor einem Aufguss von nur 2 Gramm Tabak töten einen Menschen. Zwei Studien, von denen der eine mit einem tausendstel Gramm, der andere mit 4 tausendstel Gramm reiner Nikotin Selbstversuche gemacht hatten, wurden gefährlich vergiftet. Der mit der größeren Dosis Vergiftete bekam bereits kühle Glieder und Krämpfe. Das Krankheitsbild einer Nikotinvergiftung hat große Ähnlichkeit mit der syphilitischen Tabes: „Das vergiftete Individuum bekommt Unbehagen mit Uebelkeit und Schwindel. Der Zustand verschlimmert sich schnell. Die Uebelkeit verwandelt sich in Erbrechen und die Wärme im Unterleib in starke Kälte. Dann wird die Haut blaß und bedeckt sich mit kaltem Schweiß. Die Ohren brausen oder klingen, bald verfällt der Vergiftete in Lähmung. Die Pupillen sind verschieden weit auf. Der Blick wird starr und die Empfindung halb aufgehoben. Der bisher kleine gespannte Puls wird ausklingend und fast unspürbar. Die Glieder erkalten und der Kranke stirbt in Bewußtlosigkeit. Der Ausgang in Genesung erfolgt durch tiefen Schlaf, nach welchem aber Erschlagenheit der Glieder und großer Ekel vor Tabak noch einige Tage zurückbleiben.“

Auch die äußere Haut kann Nikotin aufnehmen, denn man beobachtete schwere Nikotinvergiftungen an Schmugglern, welche Tabakblätter auf ihrem Körper verborgen hatten.

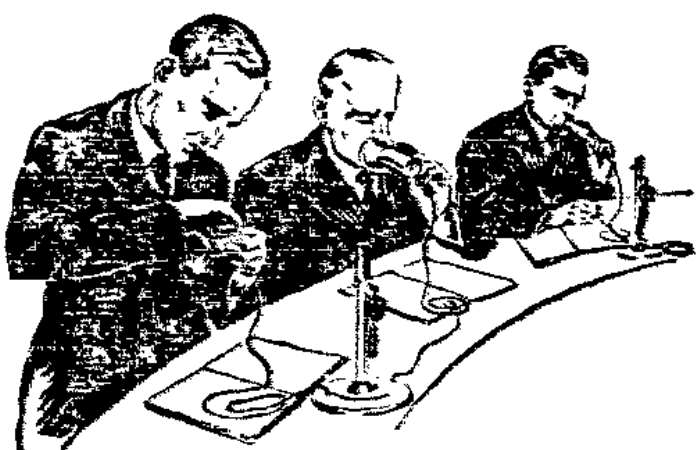
Im Hinblick auf diese furchtbare Giftwirkung des Nikotins entsteht nun die Frage: Wie ist es zu erklären, daß ein Raucher mehrere Zigarren vertragen kann, von denen bereits eine mehr als die tödliche Dosis enthält? Hierfür können im wesentlichen drei Gründe angeführt werden: Das Nikotin kommt mit dem Rauch nur in allergrößter Verdünnung in den Organismus. Es wird von den Schleimhäuten nicht alles Nikotin aus dem Rauch aufgenommen, um so mehr natürlich, je länger der Rauch im Munde bleibt und je tiefer er in die Lungen eingeatmet wird. Endlich tritt eine gewöhnliche Gewöhnung an die Nebenstoffe des Rauches ein; eine Gewöhnung an Nikotin selbst gibt es nicht!



Vortragsaal während eines Vortrags

an der Verstärkeranlage, um hier anzuzeigen, welche Verstärker benötigt werden.

Die gesamte Anlage wird von der Firma Siemens Halske errichtet. Benutzt sind dreistufige Regenschaltverstärker, die zu sechs in einem Schrank zusammengebaut



Dolmetschertisch

Für die gesamte Apparatur werden ungefähr 5 bis 6 Kilometer Doppelleitung verlegt, um 1000 Hörstellen an den Vortragssälen anschließen zu können.

Königen und den Landtag veranlaßt, die notwendigen Maßnahmen auf gesetzlichem Wege zu treffen.

Die preussischen Koalitionsparteien haben inzwischen im Landtag den Entwurf eines Gesetzes eingebracht, durch den das Schulgeld in ein bestimmtes Verhältnis zu den Selbstkosten der Schulträger, also des Staates oder der Kommunen, gebracht werden soll.

Diese Quote wird übrigens den Verhältnissen vor dem Kriege noch nicht gerecht. Im Jahre 1918 wurden bei den Knabenanstalten 39,2 Prozent, bei den Mädchenanstalten 53,7 Prozent der Gesamtausgaben durch Schulgeld gedeckt.

In einem andern wesentlichen Punkte gehen die Ansichten der Koalitionsparteien und der Städte ebenfalls auseinander. Im Gegentwurf der Koalitionsparteien sind bestimmte Schulgelderermäßigungen vorgesehen, die ohne weiteres dann eintreten, wenn mehrere Geschwister höhere Schulen besuchen.

Duesterberg in Magdeburg vor Gericht

Nur 100 Mark Geldstrafe

Wegen Beleidigung und böser Nachrede wurde am Dienstag nachmittag der Stahlhelmführer Duesterberg vom Amtsgericht Magdeburg zu 100 Mark Geldstrafe bzw. 10 Tagen Gefängnis, Ertragung der Kosten des Verfahrens und der durch Publikation des Urteils im „Reichsbanner“ und im „Alten Deutscher“ entstehenden Kosten verurteilt.

Die Privatkläger waren der Redakteur des „Reichsbanner“, Major a. D. Carl Mayer, der General der Infanterie a. D. Bernhard von Deimling und Dr. Hermann Schühlinger, die sich durch folgende Äußerungen in einem von Duesterberg verfaßten und in Nr. 28 des „Alten Deutscher“ vom 1929 veröffentlichten Artikel beleidigt fühlten:

„Sie sind vielleicht der kleine Klaffer, der es heute magt, Kammer wie Schlieffen anzubellen? ... Im die „Charaktergröße“ eines Offiziers, der jahrzehntelang seinem König treu gedient hat und heute das alte Nest und seine Kameraden spießmäßig beschmußt, beneide ich weder Sie, noch die andern Kapitänsgenerale, wie Deimling, Schöneich, Anfer und Schühlinger. Eine solche Gesellschaft, Heberzeugte Republikaner, die schon vor 1918, trotz der Folgen, offen für ihr Heberzeugung eintraten und auch für sie litten, stehen turmhoch über denen, die erst aus Konjunkturgründen, als keine Gefahr mehr drohte und es nützlich war, den Anschlag fanden. Von Charaktergröße dürfen Sie wirklich nicht reden, höchstens von Charakterlosigkeit. Auf Wiederhören, Herr Mayer! Arme Republik, die solche Missetaten hat! Herr Schühlinger, trauen Sie diesen Burden nicht, die Sie betrauen werden, ehe der Hahn zum ersten Male gekräch hat!“

Die Verhandlung ergab, daß die Freize um Duesterberg, der sich übrigens durch seinen Anwalt vertreten ließ, eine sehr scharfe Auffassung von dem Begriff „Charaktergröße“ haben. Insbesondere sind in ihren Augen alle deutschen Staatsbürger, die sich nicht schon vor dem Kriege als Republikaner oder Sozialdemokraten bekannten, charakterlose Menschen.

Genugtuung der Richter in der Urteilsbegründung betonte, daß bei der Zurechnung des Strafmaßes in Betracht gezogen sei, daß Duesterberg den inkriminierten Artikel als Antwort auf eine allerdings sachliche Kritik am Kriegsplan des Grafen Schlieffen im „Reichsbanner“ geschrieben habe, ist es doch verwunderlich, daß das Gericht 100 Mark Geldstrafe als Strafe für derartig schwere Beleidigungen für ausreichend hält.

Deutschnationale Verbandsgelder verpraßt

Hirschberg, 18. Juni. Am 30. Mai wurde bei der Hauptversammlung des Deutschnationalen Handlungsgeschäftsverbandes in Hamburg der Buchhalter Ruff nach Unterbringung von 107.000 Mark kassiert. Ruff konnte der handreißend verfertigte Ruff in der Sommerfrische Antonienwald im Jergebirge verhaftet werden. Er hatte sich hier unter dem Namen Johann Köhlerberg als Sommergast eingezeichnet und machte sich durch große Unsauberkeit und dadurch, daß er einen 50-Mark-Schein nach dem andern wechselte, verdächtig. Man fand bei dem Verhafteten nur noch 13.000 Mark. Er wurde in das Hirschberger Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Verbandsstag der Musiker

Das Musikerland unserer Tage ist das Hauptberhandlungsthema des am Montag in Berlin eröffneten 4. Verbandstages des Deutschen Musikerverbandes. Während um die Zeit des letzten Verbandstages vor 3 Jahren in den deutschen Großstädten kaum noch arbeitslose Musiker zu finden waren, daß man mit ihnen ein Gemeindefestkomitee zusammenschließen konnte, waren nach einer Erhebung des Hauptverbandes in der Zeit vom 1. bis 10. Mai in 20 größten deutschen Städten 8200 Musiker arbeitslos, davon allein in Berlin 2000.

Wie groß die Not dieser arbeitslosen Musiker ist, zeigt die weitere Befragung, daß von diesen 8200 arbeitslosen Musikern 2555 keine Unterstützung erhielten, weil sie entweder aussondriert waren oder keine 26 Wochen Arbeit nachweisen konnten.

Trotz der wirtschaftlichen Ungunst ist es der Organisationskomitee des Verbandes gelungen, im Laufe der letzten drei Jahre gelungen, eine ganze Anzahl musikalischer Erfolge zu erzielen. Dies und schließlich war der Kampf gegen die Beamten- und Honorarmusiker, der Diskriminierung und Ausländer, leider waren dort nur geringe Erfolge beschieden.

Die Mitglieder des Verbandes sind in der Verbandszeit sehr. Der Verband hatte am Schluß des ersten Quartals dieses Jahres 2179 Mitglieder. Ende 1925 zählte er 23.500, von denen auch die Einführung des Tonfilms und der damit zusammenhängenden Arbeit aus dem Musikerverband wieder 1800 vertrieben wurden.

Die Tätigkeit des Verbandes während der Verbandszeit wird heute folgende:

Brief Professor Calmettes über das Kindersterben

„Ein furchtbarer Irrtum“ in Lübeck

Abgeordneter Moses flagt im Reichstag an

Berlin, 18. Juni. Am 10 Uhr vormittags eröffnete Präsident Löbe den dritten Tag der Reichstagsdebatte über den Haushalt des Reichsinnenministeriums.

Herr Dr. Moses (Soz.) sprach über die Lübecker Tragödie: Professor Calmette hat gestern im Berliner „Tempo“ einen Brief veröffentlicht, in dem er schreibt, daß in Lübeck ein furchtbarer Irrtum begangen sein müsse und daß dort vermutlich keine Kulturen mit Kulturen der Tuberkuloseerreger bei Menschen verwechselt worden seien. Er bedauert weiter, daß das furchtliche Drama politisch ausgebeutet werde. Es wird verlangt, daß man das Ergebnis der Sachverständigen-Untersuchung abwartet. Wir müssen dem widersprechen. Das Volk würde es nicht verstehen, wenn wir das Urteil über diese Katastrophe den Sachverständigen überließen. Die wissenschaftliche Seite wollen wir den Sachverständigen überlassen, aber nicht die ethische, moralische und strafrechtliche Seite.

(Sehr richtig! links.)
40 Opfer (Inzwischen ist der 41. Säugling gestorben. R. N.) sind bereits gefallen, ebenso viele wird der Lübecker Säuglingsstich in der nächsten Zeit noch fordern. Darüber kann kein Zweifel sein. Bei jeder Kinderkrankheit, ja bei jeder Erkrankung der jetzt überlebenden Kinder werden ihre Mütter immer wieder zittern und gegen um das Leben dieser Kinder, eine Tragödie ohne Ende. Ich fürchte auch, daß nach langen Wochen und Monaten das wissenschaftliche Urteil in einem „Wir können nicht entscheiden“ bestehen wird.
Es ist festgestellt, daß eine Prüfung des Calmette-Präparats an Tieren überhaupt nicht vorgenommen wurde, daß

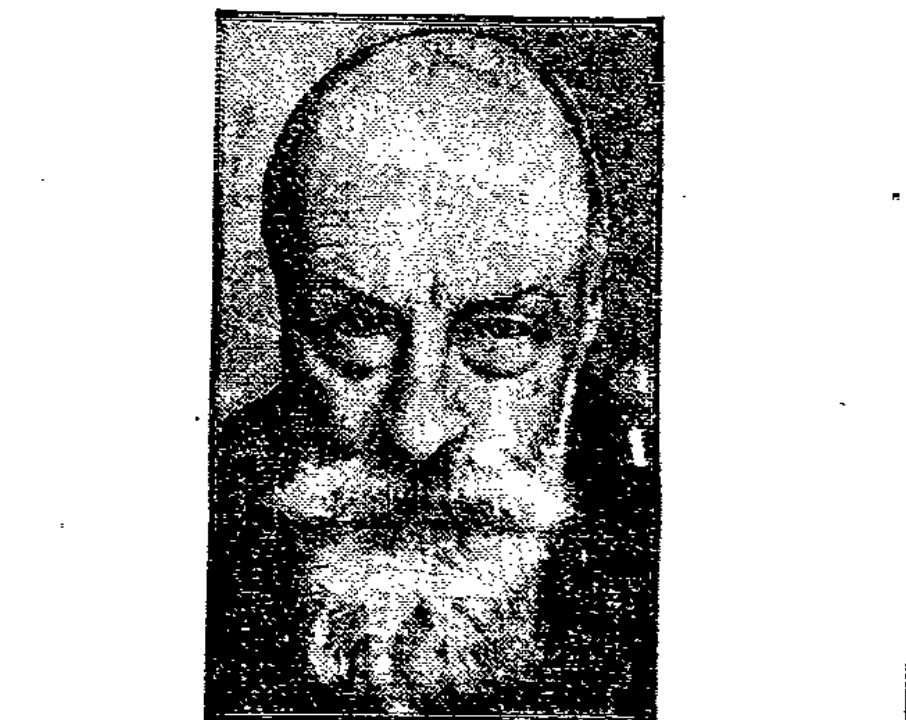
das Reichsgesundheitsamt erst 18 Tage nach Ausbruch des Kindersterbens benachrichtigt worden ist und daß dieses Amt in Übereinstimmung mit dem Reichsgesundheitsrat größte Zurückhaltung gegenüber diesem Mittel empfohlen hat. Dabei wurde ausgesprochen, daß das Calmette-Verfahren noch im Stadium des Versuches ist, daß viele Forscher dieses System für irrtümlich halten.

Es ist festgestellt, daß nach Ausbruch des Sterbens Kinder noch weiter mit dem Präparat gefüttert worden sind, daß Eltern durch Verschweigung und Vorpiegelung falscher Tatsachen zu ihrem Zugeständnis gebracht worden sind. Nicht Rettung der Kinder, sondern Rettung der wissenschaftlichen und der eigenen Autorität war der erste Gedanke. Es steht fest, daß in Lübeck nach dem ersten Todesfall sämtliche vorhandenen Kulturen vernichtet wurden, anstatt sie nur erst recht für die Untersuchung aufzubewahren. Ich glaube nicht, daß die noch übriggebliebenen Kulturen dafür genügen. Das wichtigste Beweismaterial ist also nach der Tat vernichtet worden. Trotzdem hat der Oberstaatsanwalt durch die Presse mitteilen lassen, daß für ihn kein Einschreiten gegeben sei. Er wolle das Ergebnis der Sachverständigen abwarten. Ob bei Heilkundigen auch so gehandelt worden wäre? Gewisse gesellschaftliche Beziehungen werden in der Öffentlichkeit als Grund für das sonderbare Verhalten des Oberstaatsanwalts angesehen.

(Moses spricht bei Redaktionschluss weiter.)
Am Dienstag wurde auf dem Verbandstag zur Bekämpfung der katastrophalen Arbeitslosigkeit im Musikerberuf eine Entschließung angenommen, die folgende Forderungen enthält: Unterjagung, mindestens aber härteste Einschränkung der außerordentlichen Musikfähigkeit der Reichswehrmilitär, Verbot oder weitere Einschränkung des nebenamtlichen Musikierens der Beamten, Einführung des Meldezwangs für alle freiverdenden

Am Dienstag wurde auf dem Verbandstag zur Bekämpfung der katastrophalen Arbeitslosigkeit im Musikerberuf eine Entschließung angenommen, die folgende Forderungen enthält: Unterjagung, mindestens aber härteste Einschränkung der außerordentlichen Musikfähigkeit der Reichswehrmilitär, Verbot oder weitere Einschränkung des nebenamtlichen Musikierens der Beamten, Einführung des Meldezwangs für alle freiverdenden

Dr. Michael Samisch



Handels- und Verkehrsminister im Kabinett Schober, der frühere österreichische Bundespräsident, hat seinen Rücktritt erklärt. Den letzten Anstoß zu seiner seit längerem erwarteten Demission gab die Unterzeichnung des Zusatzabkommens zum österreichisch-ungarischen Handelsvertrag.

Stellen im Musikerberuf, Beseitigung oder weiteste Einschränkung der musikalischen Schwarzarbeit durch entsprechende Ausgestaltung des Arbeitsgesetzes oder Erweiterung der geltenden Arbeitszeitverordnung, weiteste Einschränkung der Grotte- und Arbeitsgenehmigung für ausländische Kapellen und Musiker, Ausbarmung der Gewinne aus der mechanisierten Musik für die geistlichen Berufsmusiker, Konzentrierung der Kunstvertriebe, volle Anwendung der Sozialgesetzgebung auf die Berufsmusiker, Beseitigung der unzulässigen Musikerfortbildungsmöglichkeiten durch Abänderung der Gewerbeordnung oder Unterstellung des Musikerfortbildungswesens unter die Aufsicht der Schulbehörden.

In der Begründung dieser Entschließung wird der federführende Verbandsvorsitzende Friedrich Lorenz darauf hin, daß in vielen Städten den Mitgliedern hervorragender kulturhistorischer Bedeutung gekündigt worden sei, um ihre Unterkunftsbedingungen und Bezüge zu verbessern.

Kampftag der Konsumgenossenschaften

Am Montag trat in Lübeck der 27. deutsche Konsumgenossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu einer Kampftagung zusammen. Heinrich Lorenz (Hamburg), ein alter Kämpfer der Konsumgenossenschaftsbewegung, eröffnete die Tagung mit scharfen Anklagen gegen die konsumgenossenschaftliche Politik der Reichsregierung, die für die Sondersteuer gegen die Konsumvereine verantwortlich ist.

Es folgten die Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste. A. Horrich (Köln) sprach im Namen der britischen Konsumgenossenschaftsbewegung, Direktor W. Haddler (München) brachte die Grüße der englischen Konsumgenossenschaft, Dr. Schär aus Basel die des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, und Direktor Fisser (Frankfurt) sprach für die schweizerischen Konsumgenossenschaften. Danach folgten die Reden der Vertreter deutscher Organisationen und der Behörden. Lorenz dankte allen Rednern für die freundlichen Wünsche.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Dienstagvormittag. Wir werden morgen ausführlich darüber berichten.

Die drei Araber hingerichtet

Die drei erhablichen Terroristen, die von der Kammer der palästinensischen Regierung beschuldigt waren, sind am Dienstagmorgen in der alten Zitadelle von Haifa hingerichtet worden. Die Stadt war während der Hinrichtung durch ein heftiges Erdbeben erschütterter. Tausende blieben von der Ausbeutung abgesehen.

Die Nachricht von der Hinrichtung wurde von der Bevölkerung in ganz Palästina mit großer Begeisterung empfangen und in den großen Städten wurde Feiern und die Straßen durch blühende Lichter schmückte. Später erging ein Scherz um-

randete Extrablätter der arabischen Zeitungen mit einer Schilderung über die Vollstreckung des Urteils. Sofort wurden in den Kirchen und Moscheen große Trauerfeierlichkeiten für die hingerichteten Araber abgehalten. Sie wurden als Opfer der „nationalen Sache“ erklärt.

Kampf zwischen König und Parlament

Die Krise in Ägypten

Wie wir in einem Teil der gestrigen Ausgabe noch melden konnten, hat die ägyptische Regierung Kasas Pascha ihren Rücktritt erklärt. Erst im vergangenen Oktober endete eine 2jährige Diktaturperiode. Die darauf folgenden Parlamentswahlen brachten der Kasas-Pascha eine überwältigende Mehrheit und beendeten den Willen des ägyptischen Volkes zur Demokratie. In diesem Sinne begann das neue Parlament seine Arbeit. Es bemühte das ihm von den Wählern übertragene Mandat zur Schaffung von Einrichtungen gegen Diktatur- und Staatsstreichgefahr. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag der Regierung Kasas Pascha der bestimmt, daß in Zukunft jeder Versuch, die Rechte des Parlaments zu beschneiden oder die demokratischen Einrichtungen aufzuheben, strengstens bestraft wird, wurde einstimmig vom Parlament angenommen. König Fuad hat sich jedoch geweigert, das Gesetz zu unterzeichnen und anzuerkennen. Die Regierung sah in dieser Situation keinen anderen Ausweg, als zurückzutreten.

Nach den letzten Meldungen hat König Fuad es abgelehnt, das Rücktrittsgesuch der Regierung Kasas Pascha anzunehmen. Der Ministerpräsident erschien daraufhin im Parlament und erklärte, daß die Regierung auf ihrem bisherigen Standpunkt beharre und Ägypten dagegen geschützt werden müsse, daß eines Tages wieder eine verfassungs- und parlamentarische Zeit eintrete. Die Kammer nahm im Anschluß an diese Erklärung ein Vertrauensvotum für die Regierung an und identifizierte sich so mit der Regierungspolitik.
Was weiter werden wird und was vor allem in der Absicht des Königs liegt, ist zurzeit noch unbekannt. Am Montag tritt die Kammer wieder zusammen.

Romantischer Doppelselbstmord

Göttingen, 18. Juni. Von Spaziergängern wurden Dienstag früh auf dem Gänberg zwischen dem Bismarcksteg und dem Hofmannsbos zwei Leichen entdeckt. Es handelt sich offenbar um ein Liebespaar, das sich mit Phosphor vergiftet hatte. Der 20jährige Mann stammt aus Weende und die wohl 30jährige Frau, eine Ausländerin, wohnte in Bremen.

Sie hatten sich auf den Gebüsch und ihr Lager mit Rosen geschmückt. Die Leichen wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und in das gerichtsarztliche Institut eingeliefert.

Notizen

Danzig hat endlich wieder eine Regierung. Der Volkstag wählte am Dienstag das sozialdemokratische Mitglied Gohl zum Vizepräsidenten des Senats. Außerdem wurden zu parlamentarischen Senatoren sieben Sozialdemokraten, vier Zentrum- und zwei Bauernvertreter gewählt. Die erste Aufgabe des neuen Senats wird die Deckung des Defizits in Höhe von 11 Millionen Gulden sein.

Kientzow will sein Mandat behalten. Der Zentrumskandidat des Reichstags, Kientzow, der schwerer Beschuldigung beschuldigt wird, hat seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion des Zentrums erklärt. Kientzow ist damit dem Ausschluß aus der Reichstagsfraktion, der unmittelbar bevorstehend, zuvorgekommen. Von einer Wiederlegung des Mandats will Kientzow vorläufig jedoch nichts wissen.

„Vorbereitung zum Hochverrat“. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte die verantwortliche Redakteurin der „Neuen Bahne“, Eva Altmann, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 6 Monaten Gefängnis. Infolge der Verurteilung wurden die letzten Monate vom Reichsgericht 2 Redaktionsmitglieder der kommunistischen Presse wegen Hochverratsdelikten bestraft worden.

Volks bei den Prager Kommunisten. Die Generalversammlung des kommunistischen Volkshauses Prag beschloß, sämtliche kommunistischen Institutionen aus dem Gebäude zu entfernen, da weder das kommunistische Volkshaus noch irgend eine andere kommunistische Institution in den letzten Monaten die gesetzliche Hilfe entzogen habe. Die Schulden der kommunistischen Institutionen an das Volkshaus betragen bis heute rund 9000 Kronen.

Amerikanische Zollvorlage in Kraft. Die von den amerikanischen Parlamenten beschlossene und inzwischen den Oberen unterzeichnete Zollvorlage ist am Dienstag um Mitternacht in Kraft getreten. Die Vorlage reagiert nach wie vor auf die Zolltarifsenkung der Vorläufe in bestimmter Weise. Nur ein Teil der Vorlage trat am Dienstag infolge einer Stimpfungsaktion der Senatoren an.

Revolution in Südamerika. Von der argentinischen Revolution werden revolutionäre Aufstände in Südamerika gemeldet. Der argentinische Botschafter in Buenos Aires, ein früherer bolivianischer Diplomat,

EIN SONDER-VERKAUF!

Billiger
als Sie je
erwartet haben!

Steppdecken

NUR SOWEIT VORRAT

Decken SIEGFRIED COHN

- Einzieh-Steppdecken 6.50
für Kinderbettbezüge, 100x150 ... Mk.
- Einzieh-Steppdecken 10.00
für Bezüge, 130x200 ... Mk. 12.50
- Kunstseiden-Steppdecke 17.50
(Kunstseide mit Baumwolle), mit Satinrücken
u. gut. Füllung, Schnittgröße 160x210, St. Mk.
- Kunstseiden-Steppdecke 23.50
mit Satinrücken und guter Füllung, Schnitt-
größe 160x210, ... Stück Mk.
- Kunstseiden-Steppdecke 25.50
in eleganter Ausführung und voller
Größe Stück Mk. 38.00 32.00 28.50
- Kunstseiden-Daunendecke 68.00
mit Satinrücken und guter Daune gefüllt Stück Mk.
- Kunstseiden-Daunendecke 82.00
mit Satinrücken und prima weißer
Gänse-daune Stück Mk. 65.00
- Satin-Daunendecke 78.00
in vielen Farben,
daneben über Satin mit gut. Daunenfüllung Stück Mk.
- Kunstseiden-Steppdecken
Einzelpaare, in guten Ausführungen, bestkaut unter Preis!



WEBEREIWAREN BREITENWEG 57-60

Stadttheater

Donnerstag, 18. Juni, 8-10 Uhr — 7. Abt.

Der Raub der Sabinerinnen

Schauspiel von F. und P. Schiller.
Erezant Störze Regisseur H. Vogeler
Sonnabend, 21. Juni, 8-10 Uhr — 7. Abt.
Letztes Auftreten des Internationalen
H. Vogeler, der einst. Regisseur.

DON CARLOS

Opernabend
Philippe H. Regisseur Vogeler
Dienstag, 19. Juni, 8-10 Uhr, 7. Abt.
Einzige Aufführung des Internationalen
v. H. Vogeler, der einst. Regisseur.

HOFJÄGER

Abend 9 Uhr:
Über 25 Jahre
Dresdner
Victoria-Sänger
der beliebteste Spielplan
Preis monatlich, Sommer 60 Pf., Winter 1.20 RM, unterjährig.
Jeden Sonnabend neuer Spielplan!

Auto-Fahrschule Zentral

Lehrer: ...
Wagenführer ...

Lehrt in den Tag hinein

Kauf bei uns Bücher
ein
Buchhandlung
Volkssport

ZENTRAL

Theater
Direktion Doktor Viktor Eckert
Künstlerische Leitung: Fritz Petzold
Täglich 8 Uhr
3 Stunden wahre Lachstürme über
Mitz Stern in dem tollen Lachschläger
Stöpsel
Ein Abenteuer am Lido,
von Arnold u. Bach.
Der Zuschauermarkt ist angenehm kühl!

Zehnhunde Geißler

Original-Geschicht: Schillerstraße 8/10.
Täglich (Ausfall, Ausnahmen) von hier aus
ausgehend täglich heute Sonntag, 18. Juni
jeden Tag mit Abendzeit (Sonntag)
ausgehend (Ausnahme) und heute (Ausnahme)
mit Montag in 4 bis 5 Stunden unter
Gegenwartigkeit. Der Abendgesellschaft nicht mehr.

Lest den Volkssport

3. DIE TAUCH-PROBE

Eine Schuhcreme, die Wasser annimmt oder vom Wasser aufgelöst wird, ist nutzlos, ja sogar schädlich. Der Schuh, den Sie mit Pilo behandeln, stößt das Wasser ab. Sogar der berühmte Pilo-Lackglanz wird nicht beeinträchtigt. Deshalb verwenden täglich Millionen **PILO** das vollkommene Schuhpflegemittel in Dosen, Tuben und Gläsern.

PILO immer noch 25 Pf. Normalkose

3. Electrola-Konzert

der Erziehung Volksstimme
am Sonntag, dem 22. Juni 1930,
im Stadion „NEUE WELT“

Gr. Garten-Konzert

von 15.30 bis 17.30 Uhr (4 bis 6)
Operette u. Lieber-Bühnen
von 18.30 bis 21 Uhr (7 bis 9)
Sitz mit neue Tanzweisen
ausgeführt durch die Hiesigen
Lautsprecher-Anlage
auf Electrola-Schallplatten
Eintritt frei
Aust. Programme kostenlos in der
Buchhandl. Volkssport
Magdeburg, Große Münzstraße 3

10 = 9 Pf. =

Zigaretten

Hersteller von 4 Marken
30-St. Zigaretten
H. Hock,
Hauptstraße 21.
99 Möbel

Jetzt Steppdecken

Leibdecken
Daunendecken
für Erwachsene und Kinder
Das größte Lager
in ganz Magdeburg
zu bekannt
billigsten Preisen
im
Bettenhaus Bruno Paris
Bretter Weg 4, Hauptpost gegenüber
Eigene Werkstätten!
Anfertigung nach Ihren Wünschen schnellstens
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen

Vor den Elternbeiratswahlen

Wir mögen zu den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen stehen wie wir wollen, unzufrieden, gleichgültig oder die Dinge erkennend, irgendwie verbindet uns immer wieder ein Faden mit dem Zeitgeschehen. Es ist alles wie ein großes Rädergetriebe. Unaufhaltsam greifen die Räder ineinander. Wer nicht Rad ist, wer nicht sehen will, daß auch seine Kraft notwendig ist, gerät ganz einfach in das Getriebe und wird zermahlen. Wer nicht versucht, bestimmend auf die Richtung einzuwirken, der muß es sich gefallen lassen, daß er geführt wird, daß andre für ihn denken und seine Gleichgültigkeit für sich zum Vorteil ummünzen. Deshalb ist es ein so gefährliches Tun, sich abseits zu stellen, weil „alles doch keinen Zweck hat“, oder weil es bei jeder Sache soviel Meinungsverschiedenheiten gibt und jeder recht haben will. Der Klügere gibt nach, ist eine oft zu hörende Entschuldigung, leider bedeutet das die Herrschaft der Dummheit in vielen Fällen.

Nun sehen wir wieder vor Elternbeiratswahlen. Nicht wie bei Staats- oder Gemeindevahlen fiebert die Öffentlichkeit vor Spannung und Erwartung, keine plattbefleckten Möbelwagen rumpeln unter Trompetenklang durch die Straßen, keine Riesenversammlungen rütteln den Gleichgültigen auf. Elternbeiratswahlen sind nicht solche eine Allgemeinangelegenheit, sondern die Wähler sind Eltern, deren Kinder zur Schule gehen. Leider, immer wieder muß es gesagt werden, hat sich die Erkenntnis bei der Arbeiterklasse noch lange nicht Bahn gebrochen, daß die Art der Schule als Erziehungs- und Bildungstätte unserer Kinder nicht von untergeordneter Bedeutung sein darf. Zu sehr hängt man manchmal noch am Alten und glaubt, seine Pflicht getan zu haben, wenn man seinem Kinde eine „Gefinnung“ anerzieht, die es im spätern Leben schon nicht vergessen wird.

„Herrgott, weltliche Schulen, so wichtig ist die Schule gar nicht und außerdem weisen sie noch manche Mängel auf.“ Solchen Launen, solchen Zweifeln und Halbunbilden muß immer wieder Hargemacht werden, daß gerade sie es sind, die die neue Schule verhindern oder nicht richtig zum Durchbruch und zur Anerkennung kommen lassen. Wo keine Forderungen gestellt werden, merkt man auch nicht, daß etwas fehlt, wenn nicht eine Masse ihr Recht verlangt, ist niemand verpflichtet, darauf zu hören. Der Zauberkreis, der nun einmal alle Tore öffnet, ist der organisierte Wille der Masse. So einfach ist das Rechenexempel, daß es verwunderlich ist, daß es von der Arbeiterklasse noch immer nicht reiflich begriffen ist.

Und dann ist da jener Streit der Parteien. Ohne Zweifel ist es nicht von Vorteil für unsere Kinder, sie mit parteipolitischen Richtungen zu beschweren. Parteiprogramme sind Dinge, die nicht einmal von allen „Großen“ beherrscht werden, über die sich anerkannte Wissenschaftler sogar die Köpfe zerschlagen, um die richtige Lösung eines Problems zu finden. Parteiprogramme gelten auch nicht für alle Zeiten. Es wäre also einfach Unsin, Parteipolitik mit den Kindern zu treiben, wir Sozialisten lehnen solche Forderungen aus Vernunftgründen ab. Wenn trotzdem der Parteistreit innerhalb der weltlichen Schulen nicht versinken will, sondern im Gegenteil manchmal Formen annimmt, die einfach beschämend sind, so ist das wahrlich nicht unsere Schuld. Wertwürdig ist bei der ganzen Sache nur, daß ein Dutzend Wirrköpfe glaubt, ihre Agitationsforderungen in langen Reden und schabigen Flugblättern müssen einfach von der anders denkenden, übergroßen Mehrzahl der Arbeiter wie ein Evangelium gläubig hingenommen werden. Wenn diese Forderungen nun noch vertreten würden mit Worten, wie sie auch unter „nur Arbeitern“ in der deutschen Sprache üblich sind, wie sie geistlose Menschen im Verkehr gebrauchen, oder mit Argumenten, die nur einen Schein von Sachkenntnis und Sachlichkeit haben, dann könnte man sich mal eine Rede von 4 Stunden anhören, kürzere Zeit ist dann nicht möglich. Aber es ist überall dasselbe, die Jeder ist durch höhern Befehl aufgejagen und soll nach Möglichkeit ablaufen. Verrat, Verrat, Klassenkampf, Klassenkampf ist der Text und die Melodie.

Dieser Text und diese ewig gleiche laute Melodie sind es, die sehr oft beim vernünftigeren Teil der Elternschaft

den Wunsch zur Tat werden lassen, sich einfach dieses Gerede nicht mehr anzuhören, in dem man sich um seine Schule nicht kümmert und den Schreieru damit das Feld überläßt. Nichts ist verkehrter als solche Einstellung! Wohl ist es meistens zwecklos, durch sachliche Diskussion einen Moskauer „Klassenkämpfer“ zu unserer sozialistischen Auffassung zu bringen, er wird doch nur einen „Dummkopf“ für uns übrig haben. Es gibt ein ganz einfaches Mittel — nicht etwa das Faustrecht, solches ist unserer unwürdig — Redefreiheit auch für die andern zu ermöglichen. Damit wirkliche ernste Schulaufbau- und Schulfortschrittsarbeit besprochen werden kann. Vor allen Dingen aber gilt es, bei den kommenden Elternbeiratswahlen alle Kräfte für den Sieg der Liste „Schulaufbau und Schulfortschritt“ einzusetzen.

Gewiß, ganz zufrieden sind auch wir Sozialisten mit unsern weltlichen Schulen nicht. Wir sehen aber auch die

Die Bürgerabgabe in den Gemeinden

Die deutsche „Wirtschaft“ hat mit solch großem Aufwand von Papier und Druckfarbe gegen die Gemeindeverwaltungen, ihre Wohlfahrtseinrichtungen und ihre Steuerpolitik agitiert, daß eine Art Psychose eingetreten ist. Es getraut sich nun keine bürgerliche Partei mehr, gegen die Finanzkrise, in die die Gemeinden durch nichts anderes als die allgemeine Wirtschaftskrise gekommen sind, wirklich durchgreifende Maßnahmen zu fordern oder zu unterstützen. Daher die abenteuerlichen und hilflosen Vorschläge zur Steuerfrage.

Ein besonders faules Ei haben sie gelegt mit ihrem Vorschlag, in den Gemeinden eine sogenannte Bürgerabgabe zu erheben. Eine Kopfsteuer, die vom ärmsten Arbeiter in genau der gleichen Höhe erhoben werden soll wie vom Millionär. Dieser Steuervorschlag, der weder von sozialem Geist noch von politischem Verstand irgendwie berührt ist, findet nicht nur in den bürgerlichen Parteien, sondern auch in der Reichsregierung — ein besonderes Zeichen der Hilflosigkeit der heutigen politischen Führung des Reiches — lebhaften Zuspruch. Was von ihm zu halten ist, das kennzeichnet mit sympatischer Entschiedenheit der Frankfurter Stadtkammerer Utsch in der „Frankfurter Zeitung“. Wir geben seine Ausführungen in folgendem unverkürzt wieder.

Seit Jahresfrist hat man das Ei des Kolumbus für die Sicherung kommunaler Sparbarkeit gefunden. Man fordert die Einführung einer Bürgersteuer, einer Abgabe, die jeder wahlberechtigten Gemeindebürger ohne Rücksicht auf die Größe seines Einkommens in gleicher Höhe entrichten darf. Diese Steuer, im Grundbetrag von etwa 6 Mark, ist als beweglicher Faktor des Gemeindebudgets gedacht; sie soll in bestimmter Relation zu den Gewerbe- und Grundvermögenssteuern erhoben werden, so daß jeder Gemeindeeingewessene an eigenem Leibe zu spüren bekommt, wie hoch hohe Realsteuern tun und um so stärker, je ärmer und notleidender er ist, denn seine Leistung wird genau so hoch bemessen wie die des Millionärs oder Großeinkommenbezieher.

Im Reichsfinanzministerium ist man seit längerer Zeit von dieser Idee begeistert. Starke Kräfte drängten schon während der Amtszeit Hilferdings auf die reichsgesetzliche Einführung der Kopfsteuer — wie man sie beziehungsweise und in deutlicher Kennzeichnung ihrer einer längst überwundenen Wirtschaftsperiode entstandenen Eigenart nennt. Im frühern Reichskabinett und in den linksstehenden Kreisen des Reichstags gab es schon heftige Widerstände; der Erfolg war, daß ihre ausdrückliche Einbeziehung in das Dezembersteuerprogramm der Reichsregierung unterblieb. Die Widerstände im Reichskabinett sind anscheinend überwunden. Der Reichsfinanzminister scheint dieser Kopfsteuer seine besondere Zuneigung zu schenken und in Verbindung mit dem Ausgabenentzugsgesetz zu einem Kern- und Glanzstück seiner Finanzreform machen zu wollen. Auch im preussischen Zentrum scheint man nach Ankündigungen seines Fraktionsführers Hoch diese Abgabe als einen Ausweg aus der Finanznot der Gemeinden und als eine erträgliche Maßnahme anzusehen.

Zu der Öffentlichkeit wird immer wieder die Auffassung gedrückt, daß in den Gemeindeverwaltungen und Gemeindevertretungen die Notwendigkeit strengster Sparbarkeit noch nicht

Urjachen dafür: es sind lediglich Machtfragen im Staat, und als weiterer Hinderungsgrund unsere Stellung nach zwei Fronten, gegen links und gegen rechts. Wer soviel angegriffen wird wie wir Sozialisten, dessen Sache ist gewiß eine gute. Wenn alle Eltern am kommenden Sonntag ihre Pflicht erfüllen, restlos ihre Stimmen für die Liste Schulfortschritt abgeben, wird ein Hindernis vielleicht aus dem Wege geräumt. Es kommt beim Wahlergebnis auf Grund der Berechnung auf jede Stimme an. Von einer Stimme kann die größere Machterweiterung abhängen, kann der Gegner zurückgedrängt werden. Je größer aber unsere Macht ist, desto größer der Einfluß, desto wahrscheinlicher die Aussicht, endlich in Ruhe aufbauende Arbeit leisten zu können. Darum, fortschrittlich gesinnte Eltern, rüttelt die Zaudernden auf, nicht die wenigen Tage! Es ist eure Pflicht, im Kampf nicht abseits zu stehen. Im unscheinbaren Stimmzettel liegt eine gewaltige Macht.

Sei am Wahltag der erste an der Urne. Geh' und wähle Liste „Schulaufbau und Schulfortschritt“!

genügend erkannt sei. Immer wieder werden Einzelvorgänge, die oft nur im örtlichen Zusammenhang richtig gewürdigt werden können und alsdann sich zumeist ganz anders darstellen, verallgemeinert. Man tut so, als ob die Periode der großen Steuereinnahmen 1924/25, in der Reich, Länder und Gemeinden sicherlich oft über die Grenzen des Erforderlichen hinausgegangen sind, zwar im Reich und den Ländern übernommen sei, in den Gemeinden aber fortlaure. Nichts ist falscher als diese Auffassung. Seit Jahren stehen da Gemeinden unter dem doppelten Druck einer ständigen Verkürzung ihrer Einnahmen durch Verschlechterung der Finanzausgleichs-Gesetzgebung und der unabwiesbaren Steigerung ihrer gesetzlich bestimmten Ausgaben auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. Allein die Unterstützung der ausgesteuerten Erwerbslosen belastet die deutschen Gemeinden im Jahre 1930 mit etwa 300 Millionen Mark mehr als im Jahre 1929! Aber das Jahr 1929 hatte bereits eine zusätzliche Aufwendung von mehreren hundert Millionen Reichsmark gegenüber dem Vorjahr gebracht. Es ist unrichtig — und Einzelvorgänge, die bei den Tausenden von Gemeinden immer vorkommen müssen, beweisen nicht das geringste gegen diese Feststellung —, daß man in den Gemeinden sich nicht des vollen Grades der Lage bewußt sei. Wer verfolgt hat, wie die Budgetberatungen 1930 überall unter dem schärfsten Druck der Öffentlichkeit sich vollziehen und wie sehr durch sorgfältigste Nachprüfung aller Einzelpositionen des Etats Ersparnismöglichkeiten gesucht werden, der wird keinesfalls an der Behauptung mangelnden Sparwillens festhalten können. Allerdings werden alle kleinen und großen Ersparnisse im Verwaltungs- und Personalaufwand der letzten Jahre überall um ein Vielfaches aufgezehrt durch die Steigerung der Wohlfahrtsausgaben, die unmittelbar mit der krisenhaften Wirtschaftslage und der Arbeitslosigkeit zusammenhängt.

Daß der Zwang zur Sparbarkeit in der Gemeinde so stark geworden ist, hängt nicht nur mit der wachsenden Erkenntnis der Gesamtsituation zusammen, sondern in erster Linie auch mit der Tatsache, daß die kommunalen Aufwendungen die Gesamtheit der Bürger bereits jetzt auf das stärkste belasten. Es ist allgemein verbreitet worden, daß das Verantwortungsgesühl der Stadtvertretung praktisch ausgeschaltet sei, weil man in den Gemeindeführern über Steuern beschließen, die „die andern zahlen“. Diese Auffassung ist weit verbreitet, und doch kann nichts irriger sein als diese Ansicht. Abgesehen von der Gewerbesteuer, bei der nur eine mittelbare Auswirkung auf die Lebenshaltung der Bevölkerung eintritt, deren Erhöhung aber gerade wegen dieser Wirkung sehr ernst genommen zu werden pflegt, treffen alle andern Gemeindebelastungen die breiten Massen der Bevölkerung empfindlich. Jede Erhöhung des Zuschlags zur Grundvermögenssteuer bedeutet entsprechende Steigerung der Miete. Die Inanspruchnahme der großen Versorgungsbetriebe — Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbau — für kommunale Finanzbedürfnisse erhöht die Kosten dieser lebenswichtigen Güter für alle Bevölkerungskreise und belastet daher gerade die wirtschaftlich leistungsfähigsten Schichten verhältnismäßig am härtesten. Die in der Mehrzahl der Gemeinden aus Ueberschüssen der Versorgungsbetriebe aufgebracht 15 bis 20 Prozent des gesamten Finanzbedarfs geben einigermaßen eine Vorstellung von dem Umfang der innerhalb der Gemeinden wirklichen Massenbelastung. Das gegenwärtige kommunale Besteuerungssystem — Realsteuern, Biersteuer, Versorgungsstarife — ist bereits in sehr bedeutendem Umfang auf der Grundlage weitgehender Heranziehung aller Bevölkerungskreise aufgebaut und hat die wachsende Tendenz, die minderbemittelten Schichten vorwiegend zu belasten.

Trotz der bereits bestehenden Tendenz, Gemeindeausgaben in erster Linie durch Einnahmen zu decken, die von einer großen Zahl von Gemeindebürgern aufgebracht werden, wird man einer vernünftigen Weiterentwicklung eines derartigen Systems nicht zu widersprechen brauchen. Notwendig aber ist es, daß diese Belastung der Gemeindebürger nicht an ihrer überaus verschiedenartigen Leistungsfähigkeit vorbeigeht, sondern die Besteuerungsmöglichkeiten der Gemeinde auch nach dieser Richtung ausgeglichen werden. Je stärker die Verantwortung für die Erreichung der erforderlichen Einnahmen auf der Gemeindevertretung liegt, desto sorgfältiger und sparsamer wird sie auch ihre Gemeindefinanzverhältnisse führen.

Vollständig ungeeignet zur Förderung dieser Entwicklung aber ist die beabsichtigte Bürgerabgabe. Sie kennt keinerlei Differenzierung nach der Leistungsfähigkeit der Jenen und wird für die Massen des Proletariats in einer Zeit, da Verbrauchsteuern, Höhe und Arbeitslosigkeit deren Lebenshaltung schwer bedrohen, zu einer unentgeltlichen Last, während sie den wirtschaftlich Starken kaum verührt. Eine Abgabe von 6 Mark auf den Kopf des wahlfähigen Bürgers, die sich mit der jeweiligen

Zum Bezirkstag der Arbeiterjünger

Zu Pfingsten fand Magdeburg unter dem Zeichen des Reichsbanners. Es galt für die Festigung der Republik zu demonstrieren. Am Sonntag galt es zu zeigen, daß die Arbeiterklasse Mann für Mann gegen jede wirtschaftliche Entrechtung kämpfen werde. Am kommenden Sonntag jedoch gilt es zu zeigen, daß die Arbeiterklasse neben politischen und wirtschaftlichen Forderungen die kulturelle Formentwicklung als eines ihrer wertvollsten Ziele zu wändigen weiß. Die Arbeiterjünger des Bezirks Magdeburg veranstalten am 21. Juni in Magdeburg ihren Bezirksjüngertag. Am Vormittag wird im Rahmen einer Veranstaltung in der Stadthalle auch der Kulturfilm über das erste Arbeiter-Jünger-Kongressen vorgeführt. Aus Arbeiterjüngerkreisen wird uns dazu geschrieben:

Was im jahrelangen, streuer Arbeit nach einem harten Tagewerk in Feierabendstunden in unsern Männern, Frauen, gemischten, Kinder- und Jugendkreisen uns erschlossen wurde, in Hannover, auf unserem ersten Arbeiter-Jüngerkongress ist es erhellend. Jahrgangsteiler hingebender Arbeit gibt es in diesem Welt, das wir mit großer Liebe und Opferbereitschaft vorbereiten haben und auf das wir mit Stolz zurückblicken dürfen.

Von der Kamera des Photographen eingefangen, sehen wir Hannover im Bild. Dieser Bildstreifen wird den Teilnehmerinnen auf dem Fest ein Erinnerung sein, daß man sich gern zurückruft, und den Tausenden, die an ihm nicht teilnehmen konnten, von Hannover berichtet.

Eine große Anzahl Bilder wird an unsern Augen vorbeiziehen, die Kunde geben von dem äußeren Verlauf des ersten Deutschen Arbeiterjünger-Kongresses. Das große, gewaltige Erlebnis, das durch in ganzen 30 Veranstaltungen dargestellt wurde, konnte leider im Bild nicht festgehalten werden. In Hannover

ist ein Stück Volkserziehung geleistet worden, das gar nicht hoch genug bewertet werden kann! Hannover war eine große Tat im Sinne des Sozialismus!

Aber auch der Nichtjünger und die Nichtjüngerin kann sich heute sehr gut über die Arbeiter-Jüngerbewegung orientieren. Und niemand sollte veräumen, sich auch über Kulturorganisationen der Arbeiterklasse aus eigenem Anschauen und Hören ein Urteil zu bilden. Dienen wir doch alle einer Idee, verfolgen wir doch alle ein Ziel!

Wintern freilich ist noch besser als anschauen und anhören Männer und Frauen, Knaben und Mädchen, die von Natur mit einer guten Stimme und musikalischem Gehör bedacht sind, sollten sich bemühen, Anschluß an einen Verein des Deutschen Arbeiter-Jüngerbundes zu gewinnen. Arbeitereltern und -erzieher wollen die ihnen anvertrauten Jugendlichen anhalten, sich unteren Chören anzuschließen. Aberlaufende von Arbeitern — bedauerlicherweise finden wir darunter sogar Angehörige von Arbeiterparteien und Mitglieder freier Gewerkschaften — füllen heute noch als Mitglieder bürgerlicher Männerchöre die Reihen derer, die nicht die unsere sind; sie sollten sich bei uns einreihen! Im Arbeiterjüngerchor ist euer Platz! Macht Schlag da drüben! Schließt euch unserm Bunde an, der der eure ist! Ihr werdet es nicht zu bereuen haben.

Ganz besonders in Magdeburg sollte dies berücksichtigt werden. Wir sind offen genug, zu sagen, daß wir mit unsern Leistungen noch nicht zufrieden sind. Zu höherem Ziel führt unser Streben. Dazu ist es aber notwendig, daß alle musikalisch und gesangstüchtigen Arbeiter und Angehörigen im Rahmen unserer Chöre sich mit allen Veranlassungen an Schulen an Schulen stellen. Je größer die Chöre, je nachhaltiger die Wirkung.

Aus Mittelddeutschland

Totes Liebespaar im Walde

Im Kleinen Holz bei Preußisch-Wörneke fand man am Dienstag morgen die Leichen zweier junger Leute, die offenbar aus Liebesmüde gemeinsam in den Tod gegangen waren. Es handelt sich um ein 16jähriges junges Mädchen namens Begerich aus Preußisch-Wörneke und um einen 18 bis 20-jährigen jungen Mann Salomo aus Schneidlingen. Das Mädchen hatte einen Schuß in den Mund, der junge Mann eine Schußverletzung an der Stirn.

Der Blitz auf dem Stativ

Bei einem Gewitter schlug der Blitz in ein Gasthaus in Rary ein. Er nahm dabei einen sonderbaren Weg; er fuhr nämlich durch ein offenes Fenster, gelangte auf einen Tisch, drehte sich dort im Kreis und verschwand in einer elektrischen Lampe. Drei Stativbrüder, die gerade an dem Tische saßen, bekamen einen nicht gelinden Schreck vor diesem unheimlichen „Niesiß“.

Der Einbrecher ausgebrochen

Der berüchtigte Ein- und Ausbrecher Heinrich Junstod aus Mülhausen, der vor einigen Jahren die Mülhäuser Eisen- und Nahrungsgüter-Gesellschaft in Mülhausen in Unruhe versetzt hatte, ist aus der Strafanstalt Jegenheim, in die er vor einiger Zeit aus dem Zuchthaus Weiden in Rassel übergeführt worden war, ausgebrochen.

Junstod war im Mai 1927 schon einmal aus dem Strafgefängnis ausgebrochen, nach 10 Tagen aber in einem Strohdornen in Halle wieder verhaftet und im gleichen Jahre wegen einer ganzen Reihe von Straftaten in insgesamt 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, von denen er noch den größten Teil absitzen hat.

Die Kage läßt das Mäusen nicht

Und die Gebrüder Schmiede aus Wernigerode lassen das Stehlen auch nicht. Undauern müssen sie den Gerichtsaal mit ihrer Anwesenheit bezeugen. Erst vor kurzem hatte der jüngste der Brüder, Ernst S., der trotz seiner Jugend schon allerhand wegen Raubes, verbotenen Totschlägs usw. auf dem Kerkerhof hat, eine Kontrolle vor dem Halberstädter Schöffengericht gegeben. Damals war er um Saarsbreite am Zuchthaus vorbeigerufen, weil die Beweise nicht ganz ausreichend waren. Jetzt hat ihn aber das Gericht doch ereilt.

Er hatte nämlich kaum das Untersuchungsgefängnis mit der goldenen Freiheit vertauscht, als er auch schon wieder auf verbotenen Wegen ging. Mit einem noch nicht ermittelten Helfer hatte er Einbrüche bei einem Wäckermeister und einem Pfarrer verübt, wobei wahllos alles gestohlen wurde, was nicht wertlos und nagelfest war. Geld, Wein, Lebensmittel, Kleidungsstücke und dergleichen wurde des Wäckermeisters für wert befunden.

Als ihm der Boden in Wernigerode zu heiß wurde, rüde er aus nach Halle, wo er seinen dort im Gefängnis sitzenden Bruder besuchte. Hier wurde er verhaftet. Es war auch die höchste Zeit, denn bei der Durchsuchung fand man eine Schlagsäge bei ihm, die ohne Frage seinem Bruder zur Flucht verhelfen sollte. Weiter fand man bei ihm noch einen Revolver mit Munition, einen Totschläger, einen Dolch usw. Das beweist, daß er zu der Kategorie Verbrechen gehört, die auch vor Gewalttätigkeiten nicht zurückzureden.

Der Gericht tritt der Angeklagte alles ab, aber die Beweise, das gestohlene Material, das in seiner Wohnung gefunden wurde, waren diesmal zu erdrückend. Das Gericht machte kurzen Prozeß, es hielt die vom Staatsanwalt beantragte Strafe von 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus nicht für ausreichend, sondern erkannte auf 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

50 Schwalbennester mit Brut zerstört

Schwalben sind wegen ihrer Nützlichkeit und ihres muntern Wesens stets gern gesehene Gäste des Landmanns. Um so bemerkenswerter ist die Tat des Landwirts Kasun aus Kambo bei Densen, der sämtliche Schwalbennester auf seinem Hofe — etwa fünfzig an der Zahl — zerstörte und die junge Brut seinen Hühnern botwarf. Augenzeugen, die ihn auf das Verwerfliche seines Tuns aufmerksam machten, kamen mit ihm in Streit, konnten ihn jedoch nicht daran hindern. Es ist zu hoffen, daß der Landwirt für seine rohe Tat auf Grund des Tierchutzparagrafen zur Rechenschaft gezogen wird.

Blutshande in Egel

Vor dem Halberstädter erweiterten Schöffengericht wurde jetzt der zweite Fall von Blutshande im Schnellverfahren abgeurteilt. Der Angeklagte Köhler aus Egel, ein älterer Mann, gibt zu, mit seiner 19jährigen Tochter in unerlaubten Beziehungen gestanden zu haben.

In der Familie des Angeklagten müssen furchtbare moralische Anschauungen geherrscht haben, denn der Mann scheint sich gar nicht bemüht zu sein, daß er sich strafbar gemacht hat. Nahezu und gleichgültig, mit lächelnder Miene, als wenn er sich mit Freunden unterhalte, schiederte er dem Gericht, wie er sich mit der Tochter, der er alle Schuld zuschiebt, vergangen hat. Auch, als er zu der harten Strafe von 1 Jahr Zuchthaus verurteilt und auf der Stelle verhaftet wird, verliert er seine Gleichgültigkeit nicht und erklärt in aller Gemütsruhe, daß er die Strafe annehme.

Was wird aber aus den fünf unberichtigten Kindern, die nun ihres Ernährers beraubt sind und nun allein zu Haus sitzen, da die Mutter sie, offenbar wegen dieser Vorfälle, verlassen hat?

Wegen Ehebruchs bestraft

Hinter verschlossenen Türen wurde gegen den praktischen Arzt Dr. Hartung, der geschiedenen Ehefrau Elisabeth Schu. geb. Hiltz und den Kaufmann Theodor Schu., sämtlich aus Langermünde, verhandelt. Wegen Ehebruchs erhielten Dr. H. und die Ehefrau Schu. an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von je einem Monat Gefängnis 150 Mark Geldstrafe. Dr. Schu. wurde von der Anklage der Suppelei freigesprochen.

Explosion im Güterwagen

Beim Entladen eines Eisenbahnwagens auf dem Kupferwerk Alvensleben im Harz, in dem sich 21 Liter Petroleum befand, riefen Arbeiter auf einen Explosionskörper, der mit einem großen Knall zerbrach. Teile des Sprengkörpers durchschlugen das Dach des Eisenbahnwagens. Von dem in dem Wagen befindlichen Arbeiter wurde der eine so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte, während die Verletzungen der anderen nicht so schwer sind. Die Ursache der Explosion ist noch nicht genau festgestellt worden.

Freispruch in einem Brandstiftungsprozeß

Vor dem anhaltischen Schwurgericht in Dessau hatten sich heute die 62jährige Witwe Friederike Sehl und ihr 40 Jahre alter Sohn, der Landwirt Sehl, beide aus Polenzla im Kreise Jerichow II, wegen Brandstiftung zu verantworten. Sie sollen in der Nacht zum 21. Oktober vorigen Jahres die Scheune in Polenzla nach einem Feuer veranlassen in Brand gesteckt haben zu dem Zweck, sich aus dem Versicherungsgeldern einen neuen Hof zu erbauen. Obwohl etwa 25 Zeugen anwesend waren, gelang es nicht, die beiden Angeklagten zu überführen, so daß sie wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden mußten.

Der Herzog läßt abholzen

Der anhaltische Hochwald im Fläming ist in Gefahr. Das Jagdschlößchen Herzogshaus beabsichtigt, die Flämingburg Rabenstein mit 10000 Morgen Wald zu verkaufen. Verhandlungen mit auswärtigen Interessenten werden bereits geführt. Wichtige Anzeichen deuten darauf hin, daß der größte Teil des

Grenzstreitigkeiten der Sozialversicherung

Die Auflösung von Verträgen, die früher geschlossen von einzelnen durchgeführt wurden, durch die Entwicklung der modernen Produktivkräfte, hat die Grenzen zwischen den verschiedenen Berufszweigen verengt. Es ist heute in vielen Fällen kaum noch möglich festzustellen, ob eine Tätigkeit eine untergeordnete, im wesentlichen mit der Hand durchgeführte, oder eine gehobene, geistige, der Überwachung und der Beaufsichtigung anderer Arbeitskräfte gewidmete ist. Das wirkt sich oft hart für die in diesen Grenzgebieten der Produktion tätigen Personenkreise aus. Invaliden- und Angestelltenversicherung streiten sich sehr häufig darüber, ob ein bestimmter Berufszweig der einen oder der anderen Anstalt zur Versicherung zugezählt werden muß. Das Reichsversicherungsamt ist dann verpflichtet, in grundsätzlichen Entscheidungen festzustellen, wozu der Berufszweig gehört.

Der Katalog für die Angestelltenversicherung, der die wichtigsten Berufszweige umfaßt, die der Angestelltenversicherung unterstellt sind, kann nur als Richtmaß dienen. Oft entstehen binnen weniger Monate durch weitere Differenzierung des Arbeitsprozesses bis dahin unbekannt gewesene Berufszweige, von denen erst nach gründlicher Prüfung festgestellt werden kann, ob ein derart gehobenes Arbeitsverhältnis vorliegt, daß mit Überführung des betreffenden Berufszweiges in die Angestelltenversicherung zu rechnen ist.

Da die Leistungen der Angestelltenversicherung wesentlich höher und günstiger sind, als die der Invalidenversicherung, ist es zweifellos zu begrüßen, wenn immer größere Schichten qualifizierter Arbeiter in Tätigkeiten einrücken, die angestelltenversicherungspflichtig sind. Das würde sicherlich im Laufe der Zeit dazu führen, den alten Plan der Sozialdemokratischen Partei zu verwirklichen, Invaliden- und Angestelltenversicherung zu be-

einigen. Es ist daher bedauerlich, daß das Reichsversicherungsamt Berufsgruppen, die zweifellos eine gewisse geistige Arbeit und Oberaufsicht erfordern, durch grundsätzliche Entscheidung der Invalidenversicherung zugeteilt hat. So wurden erst in letzter Zeit wieder Bademeister und Getreidewägegehilfen, welche zweifellos mindestens dieselbe geistige Arbeit ausüben müssen, wie ein Kontorist, als der Invalidenversicherung unterstellt, bezeichnet.

Die verschiedenen Entwicklungen der einzelnen Berufsklassen haben auch dazu geführt, eine von Tätigkeiten als selbständige und damit versicherungsfrei zu erklären, die in sozialer Hinsicht zweifellos zu den abhängigen Berufen gehören. Es sei nur an die sogenannten Agenten erinnert, die nicht zuletzt ein Produkt der gewaltigen Arbeitslosigkeit sind. Diese unterliegen nicht der Sozialversicherung, so daß sie in Zeiten der Not jedem Mitgefühl völlig preisgegeben sind. Der vom vorläufigen Reichswirtschaftsrat ausgesprochene Gedanke, diese sogenannten selbständigen Schichten als versicherungspflichtig zu erklären, ist durch gesetzlichen Akt noch nicht bekräftigt worden. Es ist daher erfreulich, daß das Reichsversicherungsamt die sogenannten Buchmachergehilfen, die für einen Unternehmer selbständig, aber gegen festes Entgelt und unter genauer Anleitung des Unternehmers tätig unterhalten, für versicherungspflichtig erklärt hat, obwohl der Reichsfinanzhof sie für selbständige und dementsprechend gewerbesteuerpflichtige Existenzen erklärte. Das Reichsversicherungsamt hat ganz richtig entschieden, daß hier nicht die formale juristische Seite, sondern die soziale Lage des Falles entscheidend sei.

Im übrigen wäre es zu wünschen, daß die Invalidenversicherung in Grenzfällen, bei denen die Angestelltenversicherung bereits das Terrain erobert hat, darauf verzichtet, ihrerseits es zuzugewinnen, weil das ja nur zum Schaden der bereits in die Angestelltenversicherung überführten Personenkreise sein kann.

anhaltischen Hochwaldes im Fläming abgeholzt werden soll, jedoch hofft man, daß das Staatsministerium gegen solche Mächtigkeiten auf Grund des anhaltischen Waldschutzesgesetz einschreiten wird.

Die benachbarte Forst Kleppig des Grafen Fürstenstein auf Wiedenburg wird, wie wir bereits mitteilten, durch die Rheinisch-Westfälische Grubenholz-AG. abgeholzt, und zwar in einer Ausdehnung von 1800 Morgen. Diese Gesellschaft interessiert sich auch für den Waldbestand des Forstreviers Rabenstein; doch haben sich diese Verhandlungen zerlegt.

Dyker der Hitze

In Schadeleben wurde der erst seit 4 Wochen auf der Domäne beschäftigte Gleve G. Strahl tot in seinem Bett liegend aufgefunden. Die Todesursache ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Es wird aber angenommen, daß er einem Schlaganfall erlegen ist.

Großfeuer auf der Elbe

Totalhavarie eines Elbfahrers.

Eine Ladung Braunkohlenbriketts von 360 Tonnen, die der Schiffseigner Erich Kadejpiel aus Groß-Rosenburg von Riesa nach Hamburg zu bringen hatte, geriet in der Nacht vom 16. zum 17. Juni um 12.30 Uhr bei Elbfilometer 342 durch Selbstentzündung in Brand. Der Schiffseigner erwartete durch Feuerwehren, die durch erzeugte Rauchgase hervorgerufen wurden; er sprang aus dem Bette, brachte erst seine Ehefrau und auch teilweise sein Hab und Gut an Land und schlug gleich durch Hilferuf Generalalarm. Der in der Nähe liegende Schiffer Arnold aus Niederlomausch leistete mit seiner Schiffbesatzung die erste Hilfe. Die ebenfalls gerufene Glindenberger Feuerwehrrüde nach kurzer aussichtsloser Tätigkeit in die Quartiere.

Nachdem der zuständige Stromaufsichtsbeamte dem Preussischen Wasserbauamt in Magdeburg von der Unfallstelle telefonisch Bericht erstattet hatte, ging die Meldung sofort an den Oberpräsidenten bzw. die Elbstrombauverwaltung weiter, von wo aus sofort der Regierungs- und Baurat Richels und Wasserstraßeninspektor Heinicke vom Wasserbauamt Magdeburg zur Unfallstelle entsandt wurden. In der Unfallstelle wurde gemeinsam mit Versicherungsvertretern die Polmirrieder Feuerwehrrüde zum Unterwassersehen des hellbrennenden Rahnes zu Hilfe gerufen.

Das Anrücken der Feuerwehrrüde erfolgte in aller Eile, von einer freiwilligen Feuerwehrrüde eine Glanzleistung. Um 14 Uhr erfolgte der Anruf, um 14.30 Uhr erklärte das Kommando zum Wassergeben. Leicht war die Löscharbeit nicht, verschiedene Stunden hatte die brave Feuerwehrrüde mit dem Feuer zu kämpfen. Der Schiffseigner, ein junger Anfänger, ging durch das Feuer seiner Existenz verlustig. Zahlreiche Zuschauer standen am Ufer und bekundeten das Großfeuer auf der Elbe.

Schwerer Unfall durch ungezügelte Sense

In dem Dorfe Gortz bei Brandenburg wurde durch zwei Arbeiter, die ihre Senzen ungezügelt auf dem Rücken trugen, ein schwerer Unfall verursacht. Ein anderer Arbeiter wollte die beiden mit seinem Fahrrad überholen, unterließ es aber, ein Klingelzeichen zu geben. Einer der senzentragenden Arbeiter wollte sich umwenden und schlug dabei dem Radfahrer die Senze ins Gesicht. Der Unglückliche erlitt dabei so schwere Schnittwunden im Gesicht und am Kopfe, daß er sofort zu einem Arzte gebracht werden mußte.

Tragisches Ende eines Ehepaares. Vor einigen Tagen war der Räderfabrikant und Stadenerkrankungs-Vorsitzer Triemler in Dranienbaum beim Baden in der Elbe ertrunken. Seine Frau folgte ihm am nächsten Tag in den Tod nach. Infolge der Aufregung hatte sie einen Herzschlag erlitten, der sie tötete.

Keine Riefenspannergefahr im Jerichower Land

Das Bezirksforstamt Genthin hatte zu einer Besprechung über etwaige Bekämpfungsmassnahmen des Riefenspanners durch die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer eingeladen. Für fast sämtliche unter Aufsicht stehenden Waldgüter und Fideikommissien sowie für die Verwaltungsgebiete, Waldgebiete und Privatforsten waren Vertreter erschienen, selbst aus den entlegenen Gebieten der Kreise Jerichow I und II. Nach den Darlegungen folgte eine ausgiebige Diskussion, aus der entnommen werden konnte, daß eine Riefenspannergefahr für beide Jerichower Kreise in diesem Jahre nicht vorhanden ist. Ein großer Teil der Büsche ist nämlich von Parasiten befallen oder krank und tot. Der Spannerflug ist daher in diesem Jahre wesentlich geringer als im Vorjahr. Mit wesentlichen Schäden auf großem Flächen ist kaum noch zu rechnen.

Der Schulzenverein im Kreise Jerichow 2

Am 13. Juni hielten die Gemeindevorsteher des Kreises Jerichow II eine Versammlung ab, in der über die neuen Bestimmungen wegen Aufnahme von Gemeindevorsteher, über Haushaltswesen und sonstige Angelegenheiten der Gemeindevorsteher, insbesondere über die Möglichkeit von Verehrungsanträgen, über Rufen- und Rechnungsweisen sowie über den Entwurf der neuen Landgemeindevorstandesverträge gehalten wurden.

Gemeindevertretung in Emden

In der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung wurde der Schuletat festgesetzt. Er beläuft sich auf eine Ausgabe und Einnahme von 12557 Mark. Durch die zweite Lehrstelle entstehen der Ge-

meinde erhebliche Mehrkosten. Da sich die Kinderzahl zum nächsten Jahre wieder erhöht, wurde einstimmig beschlossen, die zweite Lehrstelle beizubehalten. Ein Schreiben wegen der Kinder von der Volksschule, die in Althausen die Schule besuchen, wurde bekanntgegeben.

Der von den sozialdemokratischen Vertretern gestellte Antrag auf Befreiung einer kommunalpolitischen Zeitschrift wurde mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Gemeindevorsteher wurden wegen Unrentabilität und größerer Zustandsangelegenheiten vorläufig außer Betrieb gesetzt. Die Gutsverwaltung ist bereit, das Wägen auch weiterhin zu übernehmen. Richtiger wäre es, dies vertraglich festzusetzen, damit nicht einzelne von der Benutzung der Waage ausgeschlossen werden können.

Die Gemeindevorsteherabteilung erfolgte, nachdem einige Stichproben vorgenommen waren, und die Kasse auch bereits durch die Revisoren geprüft war, ohne Debatte. Der Einnahme von 35 298,79 Mark steht eine Ausgabe von 32 923,88 Mark gegenüber. Es verbleibt also noch ein Ueberschuß. Ueber verschiedene kommunale Angelegenheiten wurde reges diskutiert. Leider waren keine Zuhörer zu der Sitzung gekommen.

Gegen eine

Massnahme des Kreiswohlfahrtsamts Wanzleben

Die gut besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden in Groß-Dittersleben eröffnete der Vorsitzende, Genosse D. Frensel, mit Darlegungen über den augenblicklichen Stand der öffentlichen Fürsorge in Kreis und Gemeinde. In der Aussprache wurden die Schwierigkeiten ausgiebig besprochen. Von der Gerabsetzung der Beiträge zur Fürsorge des Kreises Wanzleben wurde Kenntnis genommen. Es sind nunmehr nur noch 150 Mark pro Mitglied und Monat zu bezahlen, auch in der Apotheke brauchen keine Zuschüsse von den Versicherten mehr geleistet werden. Die Mitglieder erklärten sich bereit, in der Fürsorge weiter Mitglied zu bleiben, verlangten aber, daß dies die endgültige Regelung für absehbare Zeit darstellt.

Sehr scharf kritisiert wurden seitens der Mitglieder die Anrechnung von 10 Prozent der Fürsorgegelder für die sogenannten mißfretten Wohnungen. Dadurch werden viele Unterstützungsempfänger in eine unerliche Lage gebracht. Das bedeutet auch Verschlechterung der Nahrung auf Umwegen durch das Kreiswohlfahrtsamt. Hierzu sprachen Genosse W. Rogge und Genosse M. Frensel.

Es gelangte einstimmig eine Entschliessung zur Annahme, in der gegen die schematische Anrechnung der Miete protestiert und verlangt wird, daß auch hier individuell nach dem Grade der Bedürftigkeit verfahren wird. Außerdem soll bei solchen Massnahmen vorher der örtliche Wohlfahrtsauschuss gehört werden.

Nach der Abrechnung vom letzten Vergnügen beschloß man, den geringen Ueberschuß der Kasse und Theaterabteilung der Freien Turnerschaft Wanzleben zu überweisen, in der Hoffnung, daß letztere auch bei weiteren Veranstaltungen mitwirken werden. Einige Mitglieder gingen auf die zweite Versammlung des Internationalen Bundes der Kommunisten ein, die in noch kläglichere Weise wie die erste hier am Orte stattgefunden hat. Sie machen ihre Sache sehr schlecht. Einmütig lehnten die Mitglieder des Zentralverbandes abermals die Methoden des Internationalen Bundes ab. Von jetzt an wird keiner aus dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden an den Versammlungen des Internationalen Bundes teilnehmen. Der Zentralverband hat trotz der kommunistischen Anfechtungen gerade in der Zeit der zwei kommunistischen Versammlungen dreißig Neuaufnahmen gemacht, ein Zeichen, daß die Invaliden wissen, wo ihre Interessen vertreten werden.

Am verwerflichsten an der kommunistischen Wählerarbeit ist es ja, daß gerade die gegenwärtige Not der Unterstützungsempfänger und diejenige der Gemeinden und Kreise benutzt wird, um daraus zum Schaden der Kommunisten ein Geschäft für die kommunistische Partei zu machen. Nur die Geschlossenheit der Invaliden im Zentralverband kann Erfolge bringen.

Was man den Arbeitslosen zumutet

Die Arbeitslosigkeit in Osterweddingen hat trotz der Feldarbeit nicht abgenommen, denn es sind genügend politische Wanderarbeiter hier, die von Gutsbesitzern heftig beschäftigt werden als deutsche. Schon seit einiger Zeit finden die Auszahlungen der Arbeitslosengelder nicht mehr im Gemeindebüro statt, sondern in größerem Zimmer in genommen. Diese Veränderung mußte vorgenommen werden, da die Zahl der Arbeitslosen zu groß war. Der Betrieb konnte in den früheren Räumen nicht mehr bewältigt werden.

Nun hat die Auszahlung wieder eine Veränderung erfahren: jetzt müssen alle Arbeitslosen nach Dittersleben. Warum diese Neuregelung vorgenommen wurde, ist ein Rätsel. Wahrscheinlich ist die Sparmaßnahmen Schuld. Die Arbeitslosen müssen nun über 1 Stunde Weg gehen, wenn sie die Unterstützung holen. Es ist jedenfalls keine angenehme Sache, in der Gemeindegasse und Dittersleben zu wandern. Besonders wird es älteren Leuten schwer fallen, weil sie aber die Arbeitslosen mehr Land und Leute kenne.

Diese Neuregelung, die den Arbeitslosen keine Besserung gebracht hat, gilt auch für Lebendorf, Sehen und Lebendorf. Die Gründe der Änderung interessieren die Arbeitslosen. Das Arbeitsamt dürfte einmal hierzu öffentlich seine Meinung kund tun. Die Rechtfertigung für die Beamten, die in Osterweddingen auszahlen, lag günstig; das Zimmer zur Auszahlung mußte bezahlt werden.

Die Arbeitslosen erwarten, daß der alte Zustand wieder hergestellt wird.

